



Presseschau vom 23.12.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Virologe Hendrik Streeck resümiert: "Zwei Booster pro Jahr hieße, der Impfstoff ist 'nicht gut'"**

Virologe und Mitglied im Expertenrat der Bundesregierung Hendrik Streeck äußerte in einem Interview seine Zweifel über die momentane Corona-Strategie der Politik. Die forcierte Diskussion über eine Impfpflicht empfindet er als "überraschend". ...

<https://kurz.rt.com/2rf0>

Glenn Diesen: **China und Russland sind bereit für ein Ende der US-Dominanz auf globalen Finanzmärkten**

Der russische Präsident Wladimir Putin hatte vergangene Woche intensive Gespräche mit seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping – auch darüber, Pläne für eine Rahmenordnung in der Neuausrichtung gemeinsamer internationaler Finanzfragen zu vereinbaren. ...

<https://kurz.rt.com/2rdm>

Seyed Alireza Mousavi: **Iranischer Top-Diplomat im Jemen gestorben: Nimmt Konflikt eine neue Wendung?**

Der iranische Top-Diplomat im Jemen starb, nachdem er am Samstag im Rahmen einer Vereinbarung zwischen der Huthi-Bewegung und Saudi-Arabien aus dem belagerten Sanaa zur dringenden medizinischen Behandlung nach Iran ausgeflogen worden war. Das von

Saudi-Arabien geführte Militärbündnis beschoss am Montag den internationalen Flughafen von Sanaa mit Raketen. ...

<https://kurz.rt.com/2re3>

de.rt.com: **Grünen-Abgeordnete fordert "Pfefferspray und Schlagstöcke" gegen "Querdenker"**

Die grüne Bundestagsabgeordnete Saskia Weishaupt hat ein hartes Vorgehen der Polizei gegen "Querdenker" gefordert – und bekam dafür Gegenwind aus der Deutschen Polizeigewerkschaft. Das Pharma-Unternehmen Pfizer folgt auf Twitter der Abgeordneten. ...

<https://kurz.rt.com/2rfo>

abends/nachts:

de.rt.com: **Afrikanischer Omikron-Entdecker enttäuscht von Reaktion der Weltgemeinschaft**

Der Wissenschaftler Sikhuile Moyo aus Botswana, der als Erster die Omikron-Variante identifizierte, zeigte sich in einem Interview mehr als enttäuscht. Anstatt für die Entdeckung Sikhuile Moyo ist Laborleiter am Botswana-Harvard AIDS Institute und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Harvard T.H. Chan School of Public Health. Er leitete das wissenschaftliche Team, das die Omikron-Variante identifizierte und anschließend in Beiträgen publizierte. In einem Interview für den US-Rundfunksender National Public Radio (NPR) äußerte sich Moyo sehr enttäuscht darüber, dass die USA und Europa – die "globale Gesundheitsgemeinschaft" – Botswana und andere afrikanische Staaten mit Einreiseverboten und wirtschaftlichen Sanktionen abgestraft hätten. Er fragte: "Wie belohnen Sie die Länder, die Sie vor einem potenziell gefährlichen Krankheitserreger warnen? Mit Reiseverboten?" Sein Land sei auf eine "rote Liste gesetzt worden" und das habe ihm "ein schlechtes Gefühl" gegeben:

"Wir kennen die Auswirkungen. Flüge wurden gestrichen, Waren kamen nicht ins Land, viele Unternehmen verloren Millionen. Und unsere Impfstoffversorgung war aufgrund von Verzögerungen auf dem Transportweg gefährdet. Eine ziemliche Spur der Verwüstung." Auf der einen Seite hätten sie das Gefühl gehabt, einen kleinen Beitrag für die Welt zu leisten. Auf der anderen Seite fragten sie sich: "Belohnt man auf diese Weise Wissenschaftler oder wissenschaftlichen Fortschritt?", so Sikhuile Moyo im Interview. Die politische Reaktion nannte er eine "ungerechte Behandlung der afrikanischen Länder". Moyo kritisierte: "Die Alpha-Variante wütete [vor Monaten] im Vereinigten Königreich, und keines der Länder setzte das Vereinigte Königreich auf die rote Liste. Denn wir wissen, dass wir in einem globalen Dorf leben. Natürlich haben wir die Grenzkontrollen verschärft und die Anforderungen für die Einreise in das Land verschärft, einschließlich einer möglichen Quarantäne und Tests. Aber es ging nie darum, unsere Tür zu verschließen. Denn wir wissen, dass diese Viren unsere natürlichen Grenzen nicht respektieren."

Der diplomatische Vertreter Nigerias in England, hat die "rote Liste des Vereinigten Königreichs" sogar als "Reise-Apartheid" bezeichnet. Selbst in seinem Heimatland Botswana sei Moyo für seine Entdeckung angefeindet worden. Die Kommentare lauteten: "Ihr Wissenschaftler, ihr Großmäuler, seht, was ihr getan habt. Ihr habt Weihnachten ausgesperrt." In dem Interview schilderte der Wissenschaftler, wie es ihm mit seinem Team gelungen war, die Corona-Omikron-Variante zu entdecken. Demnach seien vier internationale Reisende am 11. November 2021, vier Tage nach ihrer Einreise in das Land, positiv auf COVID-19 getestet worden. "Bei der genetischen Sequenzierung der Fälle, bei der der genetische Code des Virus analysiert wird, um nach besorgniserregenden Veränderungen zu suchen, entdeckten die Wissenschaftler eine Variante, die sie noch nie zuvor gesehen hatten." Als die botswanischen Wissenschaftler die Sequenzen sahen, waren sie zuerst fassungslos, und sich dann sicher: Sie

hatten eine neue Corona-Variante entdeckt.

Andere Wissenschaftsgruppen, z.B. in Südafrika, sequenzierten laut Moyo zur gleichen Zeit ebenfalls Proben. Diese ähnelten denen, die sein Team bei den Touristen entdeckt hatten. Am 23. November luden seine Kollegen die entdeckten Sequenzen in die öffentliche Datenbank. Am 24. November erstattete dann Südafrika der WHO Bericht, woraufhin die WHO am 26. November eine finale Sitzung einberief, bei der der neue Typus erstmalig als besorgniserregende Variante bezeichnet wurde.

Zum Thema der ungleichen Verteilung von Impfstoffen, gerade auch für Afrika, gab Sikhuile Moyo noch aktuelle Zahlen afrikanischer Impfquoten an: Ghana, 2,7 Prozent; Guinea, 6,2 Prozent; Libyen, 11 Prozent; Kenia, weniger als 10 Prozent; und Botswana immerhin 42,6 Prozent.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c3139db480cc2b5e44f738.jpg>

de.rt.com: **USA beschuldigen Russland der Verletzung von WTO-Regeln bei Importsubstitutionen**

Im Sommer hat die Europäische Union bei der Welthandelsorganisation einen Streit über die russische Importsubstitutionspolitik begonnen. Nun sind die USA unzufrieden mit der Importsubstitution in Russland und beabsichtigen, bei der WTO zu intervenieren.

Die USA sehen in der Importsubstitution und der angeblichen Bevorzugung von im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen durch Russland eine Abweichung von den Normen der Welthandelsorganisation (WTO). Dies geht aus einer schriftlichen Erklärung hervor, die die US-Handelsunterhändlerin Katherine Tai mit dem von ihrem Büro für den Kongress erstellten Jahresbericht veröffentlichte. Tai erklärte darin:

"Dieser Bericht zeigt, dass Russland immer weiter von den Grundprinzipien der WTO wie Nichtdiskriminierung, offener Handel, Berechenbarkeit, Transparenz und fairer Wettbewerb abweicht."

Die US-Handelsbeauftragte im Kabinett Biden sagte, dass die Verletzung der WTO-Regeln und -Vorschriften die US-Unternehmen in eine ungünstigere wirtschaftliche Position bringt und sie des fairen Wettbewerbs beraubt. Tai betonte, dass ihr Amt weiterhin mit den Partnern zusammenarbeiten und die Instrumente der WTO nutzen werde, um Russland für sein Verhalten im multilateralen Handelssystem zur Rechenschaft zu ziehen.

Wie Tai feststellte, würden in dem Bericht die wichtigsten Behauptungen der USA über die Nichteinhaltung von WTO-Verpflichtungen durch Russland genannt, darunter:

- Russland bevorzugt inländisch produzierte Waren und Dienstleistungen;
- Im Agrarsektor hält Russland an unwissenschaftlichen Einfuhrbeschränkungen fest und weigert sich, die Exportkapazitätsgarantien anderer Länder anzuerkennen;
- Russland führt ein Importsubstitutionsprogramm im IT-Sektor durch;
- Russland baut die staatliche Kontrolle über die Wirtschaft aus und verschärft die

Handelsbeschränkungen.

Im Juli hatte die EU ein Verfahren gegen Russland vor der WTO eingeleitet. Die EU hatte erklärt, dass die russische Importsubstitutionspolitik europäische Unternehmen benachteilige und sie bei der Teilnahme an Ausschreibungen diskriminiere. Die EU-Kommission in Brüssel stellte fest, dass einige Maßnahmen Russlands Unternehmen von Ländern der EU beim Verkauf von Waren an russische Staatsunternehmen diskriminieren würden und sie gegenüber anderen Teilnehmern an Beschaffungsmaßnahmen benachteiligen.

In seiner Antwort erklärte der Sprecher des russische Präsidenten Dmitri Peskow, der Kreml teile nicht Sicht der USA auf die Anschuldigungen, Russland würde mit der Importsubstitution gegen die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) verstoßen. Ihm zufolge verstoße Russland in diesem Bereich gegen keinerlei Vorschriften.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c32c4bb480cc2b6a0aea91.jpg>

snanews.de: **Zu allen Gesprächsformaten bereit: Deutschland will zu Deeskalation im Ukraine-Konflikt beitragen**

Wie kritisch Deutschlands Position gegenüber Russland aufgrund der angespannten Lage an der ukrainischen Grenze auch derzeit ausfällt, die Hoffnungen auf eine friedliche Lösung des Konflikts auf diplomatischem Wege sind groß genug. Dabei geht es Deutschland nicht um ein konkretes Gesprächsformat, sondern vielmehr um Entspannung an sich.

Kürzlich hat ein Telefongespräch zwischen dem russischen Präsidenten, Wladimir Putin, und dem neu gewählten deutschen Bundeskanzler, Olaf Scholz, stattgefunden. Auch der Außenminister Russlands, Sergej Lawrow, hat zum ersten Mal seit dem Amtseintritt Annalena Baerbocks mit seiner deutschen Amtskollegin telefoniert.

Im Mittelpunkt beider Gespräche standen bezeichnenderweise die Ukraine-Krise und der Truppenaufmarsch Russlands an seiner Grenze.

„Grundsätzlich ist es so, dass wir zur Deeskalation beitragen wollen und zu allen Gesprächen bereit sind“, sagte Regierungssprecher Steffen Hebestreit gegenüber Reuters am Mittwoch in Berlin.

Man wolle sich demnach keinem Gespräch verschließen. Allerdings sei das bevorzugte Format eines in der sogenannten Normandie-Variante. Dies ist ein Gesprächskreis an dem Deutschland, Russland, die Ukraine und Frankreich beteiligt sind. Der Begriff geht auf ein Treffen in dieser Runde anlässlich einer Gedenkfeier zur Landung der Alliierten in Frankreich zurück, die 2014 stattgefunden hat.

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock zeigte sich ihrerseits besorgt wegen der aktuellen Lage nahe der ukrainischen Grenze und rief ebenfalls zu Gesprächen auf:

„Meine Sorge ist groß. Aber das bedeutet umso mehr, dass man mit jedem Millimeter des eigenen Handelns in den Dialog treten muss.“

Man müsse reden, selbst wenn es Vorschläge gebe, die nicht die eigene Verhandlungsbasis seien, sagte sie bei einem Treffen mit ihrem luxemburgischen Amtskollegen, Jean Asselborn, in Berlin. Laut Reuters bezog sie sich damit auf die russischen Forderungen zu Vereinbarungen mit dem Westen, wonach dieser auf eine weitere Ost-Erweiterung der Nato verzichten müsse.

Baerbock gegen „neue kriegerische Auseinandersetzung“ mit Russland

In einem am Mittwoch online erschienenen Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ hat sich Baerbock, die sich im Konflikt mit Russland eindeutig für die Unterstützung der Ukraine ausspricht, bereit gezeigt, ihre ganze Kraft darauf zu verwenden, eine Eskalation mit Russland zu vermeiden, weil „so kritisch die Lage an der ukrainisch-russischen Grenze derzeit ist: Russland ist Teil des europäischen Hauses“.

Europa besteht ihr zufolge „nicht nur aus der EU, sondern auch aus dem Europarat mit 47 Mitgliedsstaaten, und dazu gehört Russland“. Gerade deswegen müsse man alles tun, „um eine neue kriegerische Auseinandersetzung zu verhindern“, hieß es im Interview.

Dafür will Baerbock diplomatische Wege verwenden, wie sie selbst erklärt hat. Sie habe den russischen Außenminister Sergej Lawrow angerufen, um ihm zu sagen, dass „wir im Normandie-Format wieder in Gespräche einsteigen sollten“. Abgesehen davon müsse Deutschland angesichts der Gefahr einer militärischen Eskalation auch die Möglichkeiten im Rahmen der Nato nutzen, wie den Nato-Russland-Rat.

„Man muss rund um die Uhr das Gespräch suchen, gerade in angespannten Situationen wie jetzt. Zugleich ist mir wichtig, dass wir als liberale Demokratie deutlich aufzeigen, für welche Werte wir einstehen“, so Baerbock.

Bei der Ukraine und dem Westen läuten in der letzten Zeit wegen einer angeblichen Konzentration russischer Truppen in der Nähe der ukrainischen Grenze die Alarmglocken. Demnach soll Russland dort derzeit zwischen 75.000 und 100.000 Soldaten zusammengezogen haben.

Die westlichen Staaten befürchten, dass es zu einem Angriff seitens Russlands auf das Nachbarland kommen könnte. Seitdem drohen mehrere westliche Staaten Russland mit Konsequenzen und sagen eine angebliche Invasion des Staates gegen die Ukraine voraus. Russland hingegen weist die Anschuldigungen zurück und spricht von einem Heranrücken der Nato an seine Grenzen, das seine Sicherheit bedrohe.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/02/0f/920825_0:16:3583:2031_1920x0_80_0_0_9b0d7b8b3774a1da295701ee6df73248.jpg

snanews.de: **Mögliches Treffen von Nato-Russland-Rat „ein wichtiger Schritt“ – Borrell**
Der Nato-Vorschlag, ein den Sicherheitsgarantien gewidmetes Treffen des Nato-Russland-

Rates durchzuführen, ist laut dem Hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, ein wichtiger Schritt.

„Der Vorschlag der Nato, ein Treffen des Nato-Russland-Rates als Reaktion auf die von Russland in der vergangenen Woche vorgestellten Entwürfe für europäische Sicherheitsverträge abzuhalten, ist ein wichtiger Schritt. Die Nato spielt eine Schlüsselrolle bei der Herbeiführung des Friedens in Europa. Die EU bemüht sich um eine Zusammenarbeit mit Verbündeten sowie mit seinen Partnern bei der Lösung der aktuellen Sicherheitssituation auf unserem Kontinent“, heißt es in der Erklärung des Chefs der EU-Diplomatie.

„Die EU wird sowohl mit den USA als auch mit der Nato zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass ihre Interessen in allen möglichen Diskussionen mit Russland über europäische Sicherheitsfragen vertreten werden“, so Borrell. Zudem bekräftigte er, dass „die EU mit ihren Partnern und Verbündeten deutlich gemacht hat, dass sie auf weitere Verletzungen der Souveränität der Ukraine entschieden reagieren wird“.

„Gleichzeitig ist die EU der Ansicht, dass Dialog, Verhandlungen und Zusammenarbeit das einzige Mittel sind, um Streitigkeiten zu überwinden und Frieden zu schaffen. Jede wirkliche Diskussion über Sicherheitsfragen in Europa muss auf den Verpflichtungen der OSZE und der Vereinten Nationen basieren, die die wahren Säulen der europäischen Sicherheitsarchitektur sind“, fügte er hinzu.

Am Dienstag hatte der Generalsekretär des Bündnisses, Jens Stoltenberg, verkündet, die Nato schlage Russland vor, Anfang 2022 eine Sitzung des Nato-Russland-Rates abzuhalten, um die Lage in der Ukraine zu erörtern. Gleichzeitig betonte er, dass die Entscheidung der Ukraine, der Nato beizutreten, kein Gegenstand von Kompromissen und Verhandlungen mit Russland sei.

Der russische Präsident, Wladimir Putin, hatte seinerseits in einer erweiterten Sitzung des Kollegiums des Verteidigungsministeriums am Dienstag gesagt, Russland müsse seine Streitkräfte weiter entwickeln, da man sich selbst auf die gesetzlich verankerten Sicherheitsgarantien des Westens nicht verlassen könne.

Wenn der Westen seinen Kurs fortsetze, werde Russland „angemessene militärisch-technische Maßnahmen“ ergreifen und auf unfreundliche Schritte „hart reagieren“, warnte der Präsident.

Wenn sich die Nato-Infrastruktur weiter bewege und in der Ukraine auftauche, werde die Flugzeit der russischen Raketen auf sieben bis zehn Minuten sowie die Flugzeit der Hyperschallraketen auf fünf Minuten reduziert, sagte Putin.

Gleichzeitig betonte Putin, Russland werde versuchen, das Problem mit Hilfe der Diplomatie zu lösen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/04/17/1841815_0:160:3075:1890_1920x0_80_0_0_704e1163d669c4939ad7a3cade5b1b55.jpg

de.rt.com: **Lawrow rät NATO-Generalsekretär Stoltenberg zum Jobwechsel**

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat in einem exklusiven Interview mit RT vorgeschlagen, dass Jens Stoltenberg den Job wechseln sollte. Er sagte, es sei an der Zeit, dass der NATO-Generalsekretär den Job wechselt, weil er seiner Aufgabe nicht gewachsen sei. Die europäische Sicherheit beruht auf dem Grundsatz der Unteilbarkeit, und wenn NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg meint, dies ignorieren zu können, muss er seinen Job wechseln. Dies hat der russische Außenminister Sergei Lawrow in einem exklusiven Interview mit RT gesagt. Er erörterte:

"Wenn Herr Stoltenberg der Meinung ist, dass die NATO-Mitglieder das Recht haben, auf diesen Grundsatz, der in den auf höchster Ebene verabschiedeten Dokumenten verankert ist, zu spucken, dann ist es vielleicht wirklich an der Zeit, dass er sich einen anderen Job sucht, denn er erfüllt seine Pflichten in keiner Weise."

Der russische Außenminister bezeichnete die Äußerungen Stoltenbergs, wonach niemand das Recht habe, den Washingtoner Vertrag zu verletzen, der jedem potenziellen Bewerber, der der Nordatlantik-Vertragsorganisation beitreten wolle, die Tür offen stehe, als donnernd und ziemlich arrogant. Lawrow verwies seinerseits auf den Grundsatz der Unteilbarkeit der Sicherheit, der besagt, dass die Sicherheit eines Staates nicht auf Kosten der Sicherheit eines anderen Staates gewährleistet werden darf. Er erklärte:

"Wir sind keine Parteien dieses Rahmens, wir sind keine Unterzeichner des Washingtoner Vertrags, aber wir sind, wie ich bereits sagte, Unterzeichner des umfassenderen pan-regionalen euro-atlantischen Dokuments, das den Grundsatz der Unteilbarkeit der Sicherheit enthält."

Der Nordatlantikvertrag, auch Washingtoner Vertrag genannt, wurde im Jahr 1949 geschlossen und wurde zum Gründungsdokument der NATO.

Anfang Dezember sprach der russische Präsident Wladimir Putin davon, dass Russland von den USA und der NATO rechtliche Sicherheitsgarantien erhalten müsse. Insbesondere schlug er vor, den Grundsatz der Nichterweiterung der NATO nach Osten festzulegen. Am 15. Dezember veröffentlichte das russische Außenministerium einen Vertragsentwurf über Sicherheitsgarantien. Außerdem schlug die russische Seite vor, die Länder, die zur UdSSR gehörten, nicht in die NATO aufzunehmen und die militärischen Aktivitäten auf dem Territorium dieser Staaten einzustellen. In dem Vertragsentwurf mit den USA schlug Russland auch vor, keine Atomwaffen außerhalb seines Hoheitsgebiets einzusetzen. Später erklärte der stellvertretende Außenminister Russlands Sergei Rjabkow, dass die Entscheidung des NATO-Gipfels 2008 in Bukarest, die Ukraine und Georgien als Mitglieder in das Bündnis aufzunehmen, zurückgenommen werden müsse.

US-Außenminister Antony Blinken kommentierte die russischen Vorschläge zu Sicherheitsgarantien mit den Worten, dass es unter ihnen sowohl eindeutig inakzeptable als auch diskussionsfähige Vorschläge gebe. Washington gehe davon aus, dass die Verhandlungen mit Moskau Anfang 2022 beginnen werden. Blinken sagte, die USA seien zu diplomatischen Kontakten über verschiedene Kanäle bereit, darunter der NATO-Russland-Rat und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

Mitte Dezember kündigte Stoltenberg, der vor seiner Wahl zum NATO-Chef norwegischer Ministerpräsident war, seine Absicht an, Chef der Zentralbank des Königreichs zu werden. Insgesamt bewerben sich 22 Kandidaten um den Posten, die Entscheidung über die Ernennung wird am 1. März 2022 bekannt gegeben. Wenn Stoltenberg den Posten annimmt, kann er sein Amt erst nach Ablauf seiner Amtszeit als NATO-Generalsekretär im Herbst 2022 antreten.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c340ef48fbef4d85559c5a.jpg>

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 22. Dezember 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: Kreml über Situation um RT DE: Alle tun, was sie wollen - Wir leben in "Cowboy-Realität"

Kremlsprecher Dmitri Peskow hat die Situation um die TV-Ausstrahlung von RT DE in Deutschland als eine "Cowboy-Realität" bezeichnet. Alle würden alles tun, was sie wollten, resümierte Peskow in Bezug auf das Verhalten der Bundesregierung gegenüber RT. In einem Interview im russischen Fernsehen hat sich der Sprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow zur Situation um die Ausstrahlung des TV-Programms von RT DE in Deutschland geäußert und das willkürliche Verhalten der deutschen Regierung gegenüber dem Sender verurteilt. Peskow wörtlich:

"Alle tun alles, was sie wollen. Wir leben jetzt in einer Cowboy-Realität."

Der Sprecher erklärte, die Sperrung der Ausstrahlung von RT DE stehe nicht im Einklang mit alledem, wofür Europa stehe, und widerspreche darüber hinaus Normen und Prinzipien der OSZE. Dies werde jedoch heutzutage sowohl in Europa als auch in den USA ignoriert. Er unterstrich, dass Russland auf diese Schritte reagieren müsse:

"Wir müssen selbstbewusst, umsichtig und nachdrücklich agieren, um uns selbst nicht ins Bein zu schießen, aber zugleich unseren Gegnern klar zu machen, dass wir damit ausdrücklich nicht einverstanden sind."

Auf Betreiben der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) war der RT DE-Sender von der Liveübertragung in Deutschland ausgeschlossen worden. Die MABB erhob Anklage gegen RT DE und behauptete, der Sender sei in Berlin ansässig und unterliege daher ihrer Aufsicht. Der Sender strahlt deutschsprachige Programme über Satellit aus, wobei das Signal aus Serbien kommt. Sowohl Belgrad als auch Berlin sind Unterzeichner des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen (ECTT), demgemäß die Vertragsparteien "den freien Empfang gewährleisten und die Weiterverbreitung von Programmen, die mit den Bestimmungen dieses Übereinkommens übereinstimmen, in ihrem Hoheitsgebiet nicht beschränken".



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c3605848fbef4c9967b2e7.jpg>

Dnr-sckk.ru: Infolge einer Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU wurde ein ziviler Einwohner von Alexandrowka verletzt

Heute Morgen erlitt ein Mann, geb. 1969, Splitterverletzungen infolge einer Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU.

Der Verletzte wurde in das zentrale Stadtkrankenhaus Nr. 14 von Donezk eingeliefert.

Diagnose: Detonationsverletzung, zahlreiche Verletzungen im linken Schädelknochenbereich, an der linken Schulter, eine Verletzung im Lungen- und Brustbereich, eine Verletzung an beiden Unterschenkeln vorne.

Die genauen Umstände des Geschehens werden noch ermittelt. Eine operative Gruppe der Vertretung der DVR im GZKK arbeitet am Ort des Geschehens.

snanews.de: Außenminister Litauens gegen Nato-Verhandlungen über Russlands Sicherheitsvorschläge

Die Nato-Staaten sollten keine Verhandlungen über die von Russland vorgeschlagenen gegenseitigen Sicherheitsgarantien in Europa aufnehmen. Das erklärte der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis in einem Interview für die Zeitung „The Times“ am Mittwoch.

Russland wolle in den kommenden Monaten „eindeutig“ in die Ukraine einmarschieren, und die Nato müsse Kiew kriegsbereit mit Abwehrwaffen ausrüsten, sagte Landsbergis. Laut dem Außenminister deuten alle Beweise darauf hin, dass die Absicht Russlands echt sei, und dass man sich darauf vorbereiten sollte. Es sei auch möglich, dass diese Absicht nicht nur darin besteht, anzugreifen, sondern die Sicherheitslage der gesamten Region tatsächlich zu ändern, fügte er hinzu.

Die einzigen Verhandlungen, die notwendig seien, sollten die Sicherheitsgarantien in der Region von Rumänien am Schwarzen Meer bis nach Estland betreffen. Der Außenminister rief auch dazu auf, die Nato-Kräfte in der Region zu stärken und die Ukraine mit Militärhilfe zu unterstützen.

Die Situation um die Ukraine bleibt immer noch angespannt. Der Westen befürchtet, dass es zu einem Angriff seitens Russlands auf das Nachbarland kommen könnte. Deswegen drohen mehrere westliche Staaten Russland mit Konsequenzen und sagen eine angebliche Invasion des Staates gegen die Ukraine voraus.

Russland sieht sich seinerseits durch das Heranrücken der Nato an seine Grenzen bedroht.

Das Außenministerium in Moskau hatte am vergangenen Freitag Entwürfe von Sicherheitsverträgen an die USA und die Nato gerichtet. Die vorläufigen Dokumente

enthalten Sicherheitsgarantien, wonach die nordatlantische Allianz fortan auf die Erweiterung

in den Osten und die Aufnahme ehemaliger Sowjetrepubliken verzichten soll.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/0a/4639671_0:0:3323:1870_1920x0_80_0_0_33c0adf5bb5da36511908908c586395.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 23. Dezember um 9:00 21.322 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. 408 Personen sind derzeit erkrankt, 17.865 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 3049 Todesfälle.

de.rt.com: **Russlands Außenminister im RT-Interview: "Zu oft getäuscht, wollen darum verbindliche Garantien"**

Angesichts zunehmender Spannungen zwischen Russland und dem Westen hat Russlands Außenminister in einem exklusiven Interview mit "RT" zu vielen Themen der internationalen Politik gesprochen, etwa zur Reaktion des Westens auf Russlands Forderungen rechtlicher Sicherheitsgarantien.

Den Hintergrund des Interviews von Sergei Lawrow mit RT bilden vor allem zwei Entwürfe für kollektive Sicherheitsvereinbarungen zwischen Moskau und dem Westen, die das russische Außenministerium vor weniger als einer Woche vorlegte. In den Entwürfen fordert Russland mit präzedenzlos kategorischem Wortlaut von der NATO die Zusage, ihre Truppen und militärische Ausrüstung von seiner Grenze abzuziehen, und verlangt völkerrechtliche Zusicherungen, dass der von den USA angeführte Block nicht mehr nach Osten expandieren wird.

Anfängliche Ablehnungsreaktion auf Russlands Vorstoß im Ganzen überwunden

Die Sache um Russlands Vertragsentwürfe über gegenseitige Sicherheitsgarantien zwischen Russland einerseits und den USA und der NATO andererseits scheint vom toten Punkt zu kommen. Zumindest legte Russlands Außenminister Sergei Lawrow bei dem Exklusivinterview mit RT dahingehende Rechenschaft ab. Auf jeden Fall seien organisatorische Fragen über die erste Runde der jeweiligen Verhandlungen mit den Partnern geklärt.

Die anfängliche Ablehnungsreaktion seitens einiger Vertreter der US-Regierung und NATO-Funktionäre und des Westens im Allgemeinen, die nicht immer in angemessener Form stattfand, scheint überwunden. Gleich zu Beginn des Interviews verkündete Sergei Lawrow: "Ich würde nicht sagen, dass unsere Vorstöße ignoriert werden – gestern hat Russlands Präsident Wladimir Putin auf dem erweiterten Kollegium des Verteidigungsministeriums ausführlich darüber gesprochen. Er erwähnte, dass im Laufe des jüngsten Telefonats [...] Präsident Biden die Bereitschaft äußerte, die Anlässe zur Besorgnis, die die russische Seite

tangierte, ins Auge zu fassen."

"Stoltenberg sollte woanders arbeiten gehen"

Die besten Beispiele für das erwähnte inadäquate Verhalten bei der anfänglichen Ablehnungsreaktion liefert NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg:

"Wenn nun Herr Stoltenberg also polternd – und ich würde sogar sagen, ziemlich hochtrabend und arrogant – erklärt, dass niemand das Recht habe, den Grundsatz des Washingtoner Vertrages zu verletzen, wonach die Tür für jeden potenziellen Anwärter, der der Nordatlantikvertragsorganisation beitreten will, offen stehe [...]. Wenn Herr Stoltenberg meint, dass NATO-Mitglieder das Recht haben, den Grundsatz [der gleichen und unteilbaren Sicherheit], der in den auf höchster Ebene verabschiedeten Dokumenten verankert ist, mit Füßen zu treten, dann ist es für ihn vielleicht wirklich an der Zeit zu gehen und woanders zu arbeiten. Denn er wird seiner Verantwortung auf keinen Fall gerecht."

Denn über dem Washingtoner Vertrag, erinnerte der Außenminister, stehe in dieser Hinsicht zum Beispiel die Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen Russland und der NATO:

"Wir sind keine Mitglieder dieser Struktur [der NATO], wir sind keine Unterzeichner dieses Vertrages [von Washington]. Aber wir sind, wie ich schon sagte, Unterzeichner eines umfassenderen pan-regionalen euro-atlantischen Dokuments, das den Grundsatz der Unteilbarkeit und Sicherheit enthält."

Über Stoltenbergs ungehaltene Reaktion auf die russischen Vorstöße musste Sergei Lawrow sogar ein wenig sticheln – mit Verweis auf aktuelle Gerüchte, denen zufolge der NATO-Generalsekretär nach dem baldigen Ende seiner Amtszeit angeblich bei der norwegischen Zentralbank anfangen wolle:

"Herr Stoltenberg, Generalsekretär des Nordatlantik-Bündnisses, gibt ständig irgendwelche nicht besonders angemessenen Erklärungen von sich – er hat aber auch vor, bald zu gehen, am Jahresende läuft seine Amtsfrist ab, und er wird Gerüchten zufolge in Norwegens Zentralbank arbeiten, oder will das jedenfalls. Doch in einer Zentralbank muss man sehr ausgewogen und strikt das ausführen, was dem funktionalen Betrieb eines [solchen] Instituts zugrunde liegt."

Format erster Verhandlungen geklärt – erste Wehen der schweren Geburt neuer Sicherheitsstruktur Europas?

Jedenfalls wurden von Russland und jeweils den USA und der NATO gemeinsame Beschlüsse über die ersten Verhandlungen gefasst, deren Gegenstand Russlands Entwürfe zukünftiger Abkommen über gegenseitige Sicherheitsgarantien mit den USA sowie mit der NATO sein werden. Lawrow erinnerte diesbezüglich:

"Ein Dokument betrifft die Beziehung zwischen Russland und den Vereinigten Staaten von Amerika, es nennt sich 'Vertrag zu Fragen der Sicherheit zwischen der Russischen Föderation und den USA'; das zweite Dokument ist der Entwurf eines Übereinkommens über die Lösung von Problemen der Sicherheit im Rahmen der Beziehung Russlands und der NATO."

Gerade die Reaktion der USA lobte Russlands Chefdiplomat als (klassisch angelsächsisch, drängt sich hier auf) "matter-of-business":

"Was die tatsächliche Reaktion betrifft – nicht die rhetorische Reaktion, die ich gerade erwähnt habe, sondern die tatsächliche Reaktion –, so würde ich sagen, die Reaktion seitens unserer US-amerikanischen Kollegen ist durchaus sachgerichtet."

Die ersten bilateralen Kontakte seien für Januar 2022 geplant – für die Verhandlungen mit den USA stehe dieser Zeitraum sogar einigermaßen fest; auf jeden Fall seien die Unterhändler von beiden Seiten jeweils dem Verhandlungspartner vorgeschlagen und von diesem gebilligt worden:

"Eine Reihe von Gesprächen auf der Ebene der außenpolitischen Berater der Präsidenten Russlands und der Vereinigten Staaten hat stattgefunden. Und jetzt, als Ergebnis des jüngsten Kontakts dieser Reihe, wurden die organisatorischen Modalitäten der zukünftigen Arbeit im Wesentlichen verabredet. Abgesprochen wurde, dass gleich zu Beginn des nächsten Jahres

bilaterale Kontakte zwischen unseren Unterhändlern und den US-amerikanischen Unterhändlern stattfinden werden, als die erste Runde. Ihre Namen wurden schon bekannt gegeben, sie sind für beide Seiten akzeptabel."

Doch auch mit der NATO seien ähnliche Verhandlungen vereinbart worden. Zwar stehe der Zeitraum der ersten Verhandlungen noch nicht fest, aber auch hier sei der Januar 2022 anvisiert worden:

"Danach planen wir in absehbarer Zeit – das wollen wir ebenfalls im Januar tun – eine Verhandlungsplattform zu aktivieren, um auch das zweite Dokument, den Entwurf für einen Vertrag zwischen Russland und den NATO-Staaten, zu diskutieren."

Auch ein dritter Weg schließlich – der Weg der Verhandlungen mit den beiden größten NATO-Mächten innerhalb der Europäischen Union sowie auf den Profiplattformen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der bislang medial eher wenig beleuchtet wurde – scheint sich aufzutun. Der russische Außenamtsleiter wies hin: "Und schließlich hat Präsident Putin kürzlich sowohl mit Frankreichs Präsident Macron als auch mit dem bundesdeutschen Kanzler Scholz telefoniert. Auch sie waren an diesem Thema interessiert. Und unser Präsident hat bestätigt, dass wir die Frage der Sicherheitsgarantien auch in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auf die Tagesordnung setzen werden."

Mehr noch, ausgerechnet die US-Regierung trage neben all dem auch Russlands Vorhaben mit, die Sache auch mit den anderen erwähnten Partnern, denjenigen in Europa, zu verhandeln:

"Dies sind also die drei Wege, die sich abzeichnen. Ich denke, über die Notwendigkeit, auf diesen drei Spuren zu fahren, besteht zumindest zwischen Moskau und Washington auf jeden Fall Einigkeit – aber ich sehe keinen Grund, warum dieser Ansatz den Interessen eines beliebigen weiteren Staates in unserer gemeinsamen Region zuwiderlaufen sollte."

Verhandlungen ja – jedoch nicht ewig; Liste der Sicherheitsgarantien kein "Menü"

Allerdings musste Sergei Lawrow bei allem sich andeutenden Verhandlungswillen der Partner auch etwas bemängeln: Gerade in Washington scheint man dem Irrtum anheimgefallen zu sein, dass die von Russland vorgelegten Besorgnisse – ebenso wie die entsprechenden Punkte zu deren Lösung in den Entwürfen – ein Menü darstellten, aus dem man beliebig aussuchen dürfe. Dem ist mitnichten so. Die Verträge sind nur jeweils als Paket zu haben und nur als solches inhaltlich wie bezüglich der Wege zu ihrer letztlichen Umsetzung zu diskutieren, deutete der Außenminister an:

"Die US-Amerikaner haben erklärt, dass sie eine ganze Reihe von Besorgnissen, die Inhalt unserer Dokumente sind, zu diskutieren bereit seien. Doch [nur] 'eine ganze Reihe' ist [für uns] inakzeptabel."

Auch bemängelte Lawrow, dass seitens der US-Amerikaner noch keine reziproke Liste mit ihren eigenen Besorgnissen vorgelegt worden sei – doch: "Wir sind bereit, sie ins Auge zu fassen."

Nicht zuletzt unterstrich der Diplomat nochmals etwas, das bereits aus dem Ton und Inhalt der russischen Vertragsentwürfe klar hervorgehen sollte – die Dringlichkeit ebenso wie den Ernst der Lage aus Russlands Sicht: "Somit steht – bei dem [gegenseitigen] Verständnis für die organisatorische Seite der Dinge – bezüglich des Inhalts natürlich noch ein riesiges Stück Arbeit ins Haus."

"Doch, wie Präsident Putin sagte, kann [diese Arbeit] nicht endlos weitergehen. Denn Bedrohungen um uns herum werden schon die ganzen letzten Jahrzehnte auf- und ausgebaut, auf ständiger Basis. Dicht an dicht drängt sich die militärische Infrastruktur der NATO bereits an unsere Grenzen."

Begrenzter Optimismus: "Wir wurden regelmäßig enttäuscht – bestehen darum diesmal auf rechtlich verbindlichen Garantien"

Überhaupt scheint sich Lawrows zwar grundsätzlich vorhandener Optimismus gleichwohl in

Grenzen zu halten. Und auch darüber sollte Russlands Bestehen auf völkerrechtlichen und nicht, wie früher, lediglich politischen Garantien bereits genügend Auskunft geben: "Wir wurden regelmäßig getäuscht – von mündlichen Versprechungen bis hin zu politischen Verpflichtungen, die in der Grundlegenden NATO-Russland-Akte festgeschrieben wurden. Deshalb bestehen wir dieses Mal, wie Präsident Putin sagte, auf ausschließlich rechtlich verbindlichen Garantien – bei einem Verständnis indes, dass der Westen, wenn er dies will, auch rechtsverbindliche Garantien verletzen kann, ganz einfach, und sich aus diesen Abkommen zurückziehen kann.

So wie wir das schon einmal hatten: Mit dem ABM-Vertrag über Abwehrsysteme gegen ballistische Raketen, mit dem INF-Vertrag über Mittel- und Kurzstreckenraketen und dem Vertrag über den Offenen Himmel. Aber dennoch, rechtliche Garantien – sie sind dann doch immer noch etwas schwieriger zu verschleppen und totzureden, wie Putin es ausdrückte, als mündliche oder politisch festgelegte Verpflichtungen."

Deswegen sieht Russlands Außenminister die Arbeit an den vorgeschlagenen gegenseitigen Sicherheitsgarantien als notwendige Arbeit an, auf deren Erfolg er die Hoffnung keineswegs verloren hat:

"Wir sind also offen für diese Arbeit. Und wir werden alles tun, um verstanden zu werden. Ich hoffe, dass wir angesichts der Maßnahmen, die wir ergreifen, um unsere Verteidigungsfähigkeit zuverlässig zu gewährleisten, ernst genommen werden."

Diplomatie mit harten Bandagen: Nach Veröffentlichung der Gesprächsinhalte der Normandie-Verhandlungen keine Verzerrung von Russlands Standpunkt mehr möglich

Der präzedenzlose Schritt, die diplomatischen Verhandlungen mit Deutschland und Frankreich zu veröffentlichen, war eine richtige Entscheidung. Dies bekräftigte Sergei Lawrow beim RT-Interview mit dem Argument, dass somit Russlands Standpunkt nicht mehr so einfach verzerrt dargestellt werden kann wie zuvor – weder vom Westen (allen voran von Russlands Partnern im Normandie-Format Deutschland und Frankreich) noch von der Ukraine:

"Die besagten Gespräche sind meiner Ansicht nach sehr aufschlussreich: Denn sie widerlegen vollständig die Behauptungen, die vor diesem Aufdecken der Karten aufgestellt wurden, dass Russland die Arbeit des Normandie-Formats auf jede erdenkliche Weise blockiere. Das ist nicht so. Auch beunruhigt uns sehr, dass Kiew die Minsker Vereinbarungen verzerrt und auf den Kopf stellt."

"Aber dass die Franzosen und die Deutschen – als Mitverfasser dieses Dokuments, als Teilnehmer des Normandie-Formats – sich schlicht zu 100 Prozent auf die Seite des ukrainischen Regimes stellen ... Wenn sie uns früher sagten: Die Minsker Vereinbarungen sind alternativlos, alle müssen sie einhalten... Nun, dann lesen Sie mal nach: Es gab einen Ukraine-EU-Gipfel, auf dem erklärt wurde, dass Russland noch etwas schuldig sei, und Kiew alles toll gemacht habe und seine Verantwortung erfüllt. Dasselbe auch sowohl im Normandie-Format als auch in der [OSZE-]Kontaktgruppe."

In dieselbe Kerbe habe die Europäische Union auch auf den Feldern des Gipfels zur Ostpartnerschaft geschlagen, so der Außenminister.

Quittung von Frankreich und Deutschland: Unfähigkeit, für Minsker Abkommen zu garantieren – oder seine Torpedierung

Damit aber haben Berlin und Paris eigenhändig die Quittung ausgestellt – über ihre Unfähigkeit, die Umsetzung der Minsker Abkommen durch Kiew zu gewährleisten, oder aber – was noch schlimmer wäre – über deren bewusste Torpedierung:

"Damit haben unsere Kollegen im Großen und Ganzen eine Quittung ausgestellt – entweder darüber, dass sie unfähig sind, die Umsetzung dessen zu gewährleisten, was sie mit uns zusammen da zusammengedichtet haben, oder aber, dass sie in Unterstützung des Kiewer Regimes Kurs auf eine bewusste Torpedierung dieser Minsker Abkommen genommen haben." Dass die Einhaltung der Minsker Vereinbarungen nach wie vor für eine erfolgreiche friedliche

Beilegung des Konflikts in der Ukraine unabdingbar ist, zeigt Moskaus Wille, auch weiterhin für ihre Umsetzung zu kämpfen. Lawrow verkündete:

"Wir werden auch weiterhin auf eine gewissenhafte Umsetzung dieser Dokumente hinwirken."

Auch trotz des jüngst offengelegten destruktiven Verhaltens seitens Paris und Berlin obliegt es ihnen auch weiterhin – so der Diplomat –, ihren nicht unwichtigen Anteil als Garanten des Friedensfahrplans zu seiner Umsetzung beizusteuern. Oder vielleicht gerade deswegen, um wiedergutzumachen, was sie damit bisher anrichteten:

"Frankreich muss in diesem Fall natürlich zusammen mit Deutschland Kiew dazu zwingen, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen – anstatt von der Sache abzulenken, wie Kiew dies versucht: Indem es als Nebelbomben für Anschuldigungen gegen Russland nutzt, wir würden die Eskalation anfachen – und von einer Sekunde auf die andere entweder den ganzen Donbass oder einen Teil des Donbass oder die ganze Ukraine erobern würden."

Aus innenpolitischer Impotenz: Selenskijs Krim-Nebelbomben

Besagte Nebelbomben zünde ukrainischer Präsident Selenskij im Versuch, vom eigenen Unwillen oder eigener Unfähigkeit abzulenken, die Erfüllung der Minsker Abkommen entgegen den Störfaktoren der ukrainischen Radikationalisten durchzusetzen. Eine solche Nebelbombe ist das Thema der Halbinsel Krim, deren Bevölkerung noch im Jahr des Maidan-Staatsstreichs mit überwältigender Mehrheit für die Abspaltung von der Ukraine und eine Integration mit Russland stimmte:

"Selenskij und sein Regime drücken jetzt das Thema der Krim mit allen Kräften auf die Tagesordnung – doch das gab es vor ein paar Jahren so nicht. Denn vor ein paar Jahren hofften die Menschen noch, dass Kiew auf irgendeine Weise die Minsker Abkommen erfüllen kann – was Selenskij versprach, als er für die Präsidentschaft kandidierte."

Nach dem Wahlsieg, so Russlands Außenminister, sei Wladimir Selenskij jedoch die seine eigene Unfähigkeit dazu klageworden – und damit die Notwendigkeit einer Ablenkung. Bei derartigen Ablenkungsversuchen leisten ihm jedoch gerade EU-Staaten Schützenhilfe, auch die Minsk-Garanten Frankreich und Deutschland – indem sie die sogenannte Krimplattform auf hoher Regierungsebene unterstützen:

"Und dann [...] tauchte sofort das Thema Krim auf, fast als das Hauptsymbol der ukrainischen Außenpolitik. Daher auch die Krimplattform und alles, was dazugehört, diese leeren Worte und dieses Gepolter. Und alle verstehen das bestens – einschließlich unserer westlichen Kollegen, die mit diesem Spielzeug spielen."

Dabei, so Lawrow, stehen ihnen alle völkerrechtlichen Instrumente zur Verfügung, um an der Umsetzung der Minsker Abkommen angemessen mitzuwirken:

"Doch was sie im Ernst zu tun haben, und zwar ohne jegliche Spielchen, ist, Selenskij zu zwingen, die Erklärung 2202 des UN-Sicherheitsrates umzusetzen, in der die Minsker Vereinbarungen verabschiedet wurden."

Derweil spricht die aktuelle ukrainische Gesetzgebung Bände – auch über das Verhalten von Paris und Berlin gegenüber Kiew:

"In diesen [Vereinbarungen] ist unmittelbar festgeschrieben, wer was und in welcher Reihenfolge zu tun hat, in Bezug auf Kiew, Donezk und Lugansk. [Für Kiew:] Amnestie, Sonderstatus [des Donbass], Durchführung der Wahlen unter den zwischen Kiew, Donezk und Lugansk zu vereinbarenden Bedingungen, unter der OSZE-Ägide. Und erst dann Wiederherstellung der Kontrolle der ukrainischen Streitkräfte über die Staatsgrenzen auf deren gesamter Länge."

Denn diesem Soll steht die gegenteilige Realität der ukrainischen Gesetzgebung gegenüber:

"Jetzt wird die entgegengesetzte Reihenfolge der Schritte vorgeschlagen: Gebt uns die Grenze zurück, und wir sehen dann schon weiter, ob wir irgendeine Prozedur zum Sonderstatus haben oder aber andere Beschlüsse fassen werden."

Dieser Punkt ist von enormer Wichtigkeit. Denn was bei einer solchen, von Kiew geforderten

Vorgehensweise den Menschen in den beiden Volksrepubliken blüht, daran erinnerte Lawrow anhand eines konkreten Beispiels:

"Hier, nehmen wir den [ukrainischen] Gesetzesentwurf, den Präsident [Putin] mehrfach gegenüber Präsident Macron und Kanzlerin Merkel und gestern gegenüber Kanzler Scholz ansprach: Den Entwurf des Gesetzes über Staatspolitik der Übergangsperiode, den die Regierung der Ukraine der Werchowna Rada vorlegte – und der den Amtsleuten der Ukraine die Umsetzung der Minsker Abkommen verbietet."

"Statt der Amnestie steht darin die politische Säuberung, statt eines Sonderstatus [für den Donbass] sei eine zivil-militärische Verwaltung einzuführen. Und natürlich keinerlei besondere Wahlen, die mit diesem Teil [des Landes] abzusprechen sind. Schlicht die Wiederherstellung der Kontrolle über die, wie sie es verlautbaren, besetzten Gebiete." Gerade in Bezug auf diesen Gesetzesentwurf zeigt sich der, gelinde ausgedrückt, geringe Wille des Westens insgesamt – und Deutschlands und Frankreichs insbesondere – zu einer wirklich friedlichen Konfliktbeilegung mittels der Minsker Abkommen:

"Doch trotz der Versprechen sowohl der Franzosen als auch der Deutschen, Selenskij gegen das Durchbringen dieses Gesetzes umzustimmen, wird es bereits aktiv dem Gesetzgebungsprozess zugeführt. Sie haben noch extra beim Europarat angefragt – und dessen Venedig-Kommission sagte ihnen: Alles gut. [...] Kein Wort verlor die Venedig-Kommission darüber, dass es der Erklärung des UN-Sicherheitsrates unmittelbar zuwiderläuft."

Im Großen und Ganzen scheint die Ukraine das beste Beispiel zu sein, an dem sich die Doppelstandards des Westens zeigen, in allen möglichen Bereichen:

"Übrigens [sehen die Minsker Abkommen] auch die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Verbindungen vor. [...] Doch die durchgehende Wirtschafts-, Handels- und Verkehrsblockade dieser einzelnen Gebiete der Regionen Donezk und Lugansk geht weiter. Und wenn wir den Menschen [russische] Pässe ausstellen, ihren Betrieben Präferenzen gewähren, damit sie auf dem russischen Markt arbeiten und ihren Mitarbeiter eine Einkommensquelle bieten können, damit sich die Menschen dort nicht einfach kurz vor dem Aussterben wiederfinden, dann werden wir beschuldigt, die Minsker Abkommen zu torpedieren."

Das Einzelthema der Pässe ist in dieser Hinsicht ein besonders prägnantes Beispiel, weil das Ausstellen von Pässen eines Landes an Anwohner der gemeinsamen Grenze zu einem anderen Land eine jahrzehntealte Praxis ist:

"Das mit der Staatsbürgerschaft ist sowieso lächerlich. Sowohl die Polen als auch die Ungarn als auch die Rumänen stellen Pässe an ihre ethnischen Geschwister aus, die in der Ukraine leben. Das ging Jahrzehnte lang und rief bei niemandem irgendwelche Emotionen hervor – doch Russland wird jetzt attackiert. Und zwar nicht einfach von Kiewer Radikalen, sondern auch der Westen unterstützt sie und stimmt in ihren Chor ein."

Den französischen und deutschen Kollegen – auch der neuen bundesdeutschen Ministerin Annalena Baerbock – empfahl Lawrow nochmals wärmstens, sich auf die Umsetzung der Minsker Abkommen zu kaprizieren:

"Das dürfte sie wohl von ihrer künstlichen Besorgnis über eine nichtexistente [russische] Eskalation ablenken."

Derlei Besorgnis hat bereits dazu geführt, erinnert Russlands Chefdiplomat, dass im Westen schon im Voraus Sanktionspakete vorgeschürt werden, ohne dass sich Russland etwas zu Schulden kommen ließ:

"Wir haben vielmals erklärt, was unsere Streitkräfte auf unserem eigenen Staatsgebiet tun, und stellten dabei die Gegenfrage: Was tun denn US-Amerikaner, Kanadier, Briten, ihr Kriegsgerät Angriffswaffen, ihre Luftwaffe unmittelbar an den Grenzen der Russischen Föderation? Was haben ihre Kriegsschiffe im Schwarzen Meer umherzufahren – unter wesentlichen Abweichungen von den Normen in der Montreux-Konvention?"

Umsetzung der Minsker Abkommen und Sicherheitsgarantien – beides ist grundlegend

wichtig

Auf keinen Fall darf der Eindruck entstehen, so Lawrow, dass mit einer etwaigen Umsetzung der Minsker Abkommen Russlands Forderung nach völkerrechtlich verbindlichen Sicherheitsgarantien ad acta gelegt werden könne – zum Beispiel zugunsten juristisch unverbindlicher gegenseitiger Eindämmungsmaßnahmen. Die bei manchen in Mode gekommenen Versuche, auf eine solche Lösung hin zu spekulieren, wollte Lawrow nicht kommentieren. Stattdessen betonte er:

"Hier sei bloß gesagt, dass für uns das eine wie das andere grundlegend wichtig ist: Sowohl eine vollständige Umsetzung der Minsker Abkommen, einschließlich der Forderung an die Ukraine, die Rechte nationaler Minderheiten zu wahren – wie es ja auch in der Verfassung der Ukraine festgehalten ist und in den europäischen Konventionen, denen Unterzeichner der ukrainische Staat ist –, als auch hinlänglich breiter zu fassender Sicherheitsgarantien und der Klarheit und Berechenbarkeit, die sich in den Beziehungen Russlands mit dem Nordatlantik-Bündnis einzustellen haben."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c361f848fbef4d5e1a4778.jpg>

Mzdnr.ru: Am 22. Dezember wurden in der DVR 1403 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 230 positiv, bei 131 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 50 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 6 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 33 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 891 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 669 mit Sauerstoffunterstützung (+15 in den letzten 24 Stunden).

Am 23. Dezember um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 117.452 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

2644 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 105.662 als gesund entlassen, es gibt 9146 Todesfälle.

snanews.de: **Löschung von RT auf Sendung: Russlands Außenamt wirft deutschen Behörden Zensur vor**

Die Sperrung des deutschsprachigen Senders Russia Today auf dessen YouTube-Kanal am Tag seines Starts und die anschließende Entfernung des Senders vom Übertragungsdienst sind ein Akt der Zensur vonseiten Deutschlands, sagte der Beauftragte für Menschenrechte, Demokratie und Rechtshoheit im russischen Außenamt, Grigori Lukjanzew, gegenüber SNA. Lukjanzew ist auch als stellvertretender Ressortdirektor für humanitäre Kooperation und Menschenrechte im Außenamt tätig.

„Das ist nicht der erste und nicht der einzige Fall, in dem gewisse Sanktionen und

Verfolgungen gegen Vertreter russischer oder unabhängiger Massenmedien praktiziert werden, die (...) in ihren Sendungen einen Gesichtspunkt vertreten, der sich wesentlich von den Gesichtspunkten unterscheidet, welche in gewissen Kreisen im Westen gelten“, so Lukjanzew.

Es liege auf der Hand, dass hierbei Doppelstandards in Bezug auf die von Deutschland deklarierte Medienfreiheit genutzt würden. „Hier muss beurteilt werden, inwieweit einige Staaten und ihre Worte über die Treue zur Medienfreiheit tatsächlich zur Medienfreiheit stehen, die sie im Informationsraum sicherzustellen bereit sind“, betonte Lukjanzew. Zuvor hatte RT den Start des deutschsprachigen Nachrichtensenders „RT auf Sendung“ bekannt gegeben. Die Direktorin der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb), Eva Flecken, erklärte dazu, der Kanal besitze keine Rundfunklizenz für Deutschland, und kündigte ein Ermittlungsverfahren an. Der Vorsitzende der European Regulators Group for Audiovisual Media Services (ERGA), Tobias Schmid, bezeichnete seinerseits den neuen Kanal als ein „echtes Ärgernis“. „Wir werden uns darum kümmern“, sagte er.

Die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, erklärte dazu, die Bundesrepublik Deutschland tue alles nur Mögliche, um die satellitengestützte Ausstrahlung von RT DE zu verhindern, wobei sie keinerlei rechtliche Gründe dafür habe. Dies sei eine regelrechte Behinderung der Journalistenarbeit.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow schloss hierbei Antwortmaßnahmen Russlands nicht aus.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/01/1b/686753_0:0:3036:1708_1920x0_80_0_0_7971f57b523ddd0abe3637447ba2cebd.jpg

Dan-news.info/dnr-online.su: Der 105. Konvoi des Zivilschutzministeriums der RF ist heute in Donezk eingetroffen. Es handelt sich um mehr als 97 Tonnen Medikamente, medizinisches Material und medizinische Ausrüstung, darunter 272.350 Dosen Impfstoff gegen Covid-19.

de.rt.com: Stoltenberg: Russland kann für friedliches und erholsames Weihnachtsfest sorgen

Moskau habe die Chance, für ein friedliches und erholsames Weihnachtsfest zu sorgen, sagte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Er erinnerte Russland an das Recht aller Länder, unabhängig zu entscheiden, ob sie eine NATO-Mitgliedschaft anstreben.

Kurz vor Weihnachten fordert die NATO Russland auf, seine Truppen von der Grenze zur Ukraine abzuziehen und damit die Spannungen in der Region abzubauen. Moskau habe die Möglichkeit, für ein für alle Beteiligten friedliches Weihnachtsfest zu sorgen, sagte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in einem am Donnerstag veröffentlichten Interview mit der Deutschen Presse-Agentur.

Nach seinen Angaben gehe es mittlerweile um Zehntausende Soldaten, die Russland nahe der

Ukraine zusammengezogen hat. Stoltenberg machte allerdings keine Angaben dazu, ob er hinter den Truppenbewegungen den Versuch Russlands vermutet, Zugeständnisse der NATO in Sicherheitsfragen zu erpressen. "Es gibt Unsicherheit über die russischen Absichten", sagte er.

Gleichzeitig zeigte sich Stoltenberg bereit, mit Russland zu sprechen. Man habe für das neue Jahr die Absicht, den NATO-Russland-Rat einzuberufen. Allerdings wolle die NATO "keine Kompromisse bei Grundprinzipien eingehen":

"Wir können das Recht der NATO, alle Verbündeten zu schützen und zu verteidigen, nicht in Frage stellen und auch nicht das Grundprinzip, dass jede Nation das Recht hat, ihren eigenen Weg zu wählen. Da geht es auch um die Achtung der Souveränität kleinerer Nationen."

Auf die Frage, ob die NATO mit der Ostausweitung Versprechen gebrochen habe, sagte der 62-Jährige:

"Die NATO hat nie versprochen, sich nicht zu erweitern. Es steht sogar im Gründungsvertrag unserer Organisation, dass jeder europäische Staat Bündnismitglied werden kann."

Zu seinen Berufsplänen nach dem Ende seiner derzeitigen Amtszeit sagte Stoltenberg nichts Konkretes. Er wolle sich auf sein Amt als NATO-Generalsekretär konzentrieren: "Meine Amtszeit endet am 30. September und bis dahin bleibe ich hier." Berichten zufolge hat er sich für den Posten des norwegischen Zentralbankchefs beworben.

Stoltenberg ist seit Oktober 2014 Generalsekretär der NATO. Zuvor war er insgesamt fast zehn Jahre lang Ministerpräsident seines Heimatlandes.

Russland hatte der NATO, den USA und ihren Verbündeten am vergangenen Freitag den Entwurf einer Vereinbarung vorgelegt. Darin fordert Moskau ein Ende der NATO-Osterweiterung, durch die es sich bedroht sieht. Für Anfang des Jahres 2022 sei eine erste Runde mit US-Unterhändlern vereinbart, sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow am Mittwoch im Gespräch mit RT. Geplant sind demnach Unterredungen mit der NATO sowie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c42f9748fbef4d85559cb4.jpg>

Lug-info.com: Der 105. Konvoi des Zivilschutzministeriums Russlands hat 88 Tonnen medizinische Ausrüstung und Medikamente in die LVR gebracht.

nachmittags:

de.rt.com: OSZE-Mitarbeiter fordert auf CNN die Deportation aller Russen aus Westeuropa

Der kanadisch-ukrainische Journalist Michael Bociurkiw forderte in einem Beitrag für CNN

am Mittwoch alle ethnischen Russen aus westlichen Ländern zu deportieren. Dies sei das letzte "mildere" Mittel zur Vermeidung eines Weltkrieges, schrieb der Experte. Besonders brisant ist die Äußerung, weil Bociurkiw für die OSZE im Donbass im Einsatz ist. In einem am Mittwoch erschienenen Meinungsartikel auf der Internetseite des US-Amerikanischen Nachrichtensenders CNN forderte der "Ukraine-Experte" Michael Bociurkiw, "unverzüglich" alle ethnischen Russen aus den westlichen Ländern zu deportieren und ihre künftige Reisefreiheit zu unterbinden.

Zuvor kam Bociurkiw im analytischen Teil seines Textes zur Schlussfolgerung, dass dem Westen so gut wie keine nichtmilitärischen Mittel mehr zur Verfügung stehen, den geopolitischen "Vormarsch" Russlands und Chinas aufzuhalten. Wenn man seinen radikalen Vorschlag nicht umgehend umsetze, warnt der "Experte", sei der Krieg gegen Russland unvermeidlich.

Bociurkiw ist ein kanadischer Journalist, Öffentlichkeitsarbeiter und definiert sich als "Ukraine-Experte". Er ist ukrainischer Abstammung und wuchs im kanadischen Ottawa auf. Seit 2014 ist er zudem Sprecher der OSZE-Beobachtungsmission im Donbass.

Radikale Vorschläge zur "Lösung der Russenfrage" werden von ukrainischen Politikern und Nationalisten seit 2014 wiederholt ausgesprochen. So forderte die ehemalige Regierungschefin Julia Timoschenko 2014 in einem abgehörten Telefonat, "die Russen mit Atomwaffen zu beschießen und Russland in ein abgebranntes Feld zu verwandeln".

Wiederholt werden öffentlich Pläne zur Einrichtung von Filtrationslagern für die Einwohner des Donbass debattiert.

Häufig taucht in ukrainischen Talkshows die Idee auf, nach der Reintegration des Donbass dessen Einwohnern alle Bürgerrechte zu entziehen. Dabei berufen sich die Anhänger dieser Lösung auf eine vermeintlich positive Erfahrung Deutschlands damit. Aus unbekanntem Gründen ist man in diesen Kreisen überzeugt, dass ehemalige DDR-Bürger nach der Wiedervereinigung Deutschlands 5 Jahre lang an Wahlen und Abstimmungen nicht teilnehmen dürfen.

Bei den Parlamentswahlen des Jahres 2020 haben selbst die Einwohner des ukrainisch kontrollierten Teils der Regionen Donezk und Lugansk nicht wählen dürfen.

Präsident Selenskij "riet" zuletzt allen Donbass-Einwohnern, die Sympathien mit Russland haben, die Region schnellstmöglich zu verlassen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c44c7b48fbef681b632abd.jpg>

deu.belta.by: **Belarussischer Friedensfonds fordert internationale Untersuchung der von Emil Czezko genannten Fakten**

Der Belarussische Friedensfonds hat nach den jüngsten Aussagen des polnischen Soldaten Emil Czezko über die Verbrechen polnischer Militärs an Flüchtlingen und Volontären an der

belarussisch-polnischen Grenze eine tiefe Besorgnis über die Situation zum Ausdruck gebracht. Das geht aus einer Mitteilung des Fonds hervor, die auf seiner offiziellen Webseite veröffentlicht wurde.

„Wir sind überzeugt, dass die internationale Gemeinschaft kein Recht hat, diese Information unbemerkt zu lassen. Es gibt nichts Schrecklicheres auf der Welt als die Tötung eines Menschen. Wir halten uns in unseren Einschätzungen der Geschehnisse an einheitliche Normen. Während es in Bezug auf die Lage in Belarus Sonderkommissionen eingerichtet und Sonderberichterstatter ernannt werden, fehlt in diesem Fall jede Reaktion seitens der zuständigen internationalen Institutionen. Wir fordern die UNO, die OSZE, Human Right Watch und andere Organisationen auf, eine Sonderkommission einzusetzen und eine unparteiische Untersuchung durchzuführen“, heißt es in der Erklärung. „Wir hoffen, dass eine solche Untersuchung unter Beteiligung internationaler Experten in naher Zukunft stattfinden wird, und dass, wenn die genannten Fakten bestätigt werden, nicht nur eine rechtliche Bewertung dieser Verbrechen erfolgen wird, sondern die gesamte zivilisierte Weltgemeinschaft die gegebene Tatsache verurteilen wird.“



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1640252698_59318_big.jpg

de.rt.com: "Kontraproduktiv": Putin kritisiert Deutschland für scharfes Vorgehen gegen Ungeimpfte

Bei seiner traditionellen Jahrespressekonferenz nahm der russische Präsident Wladimir Putin zur Corona-Pandemie Stellung. Strengere Maßnahmen gegen Impfverweigerer seien seiner Ansicht nach sinnlos. Als Beleg und negatives Beispiel führte er Deutschland an.

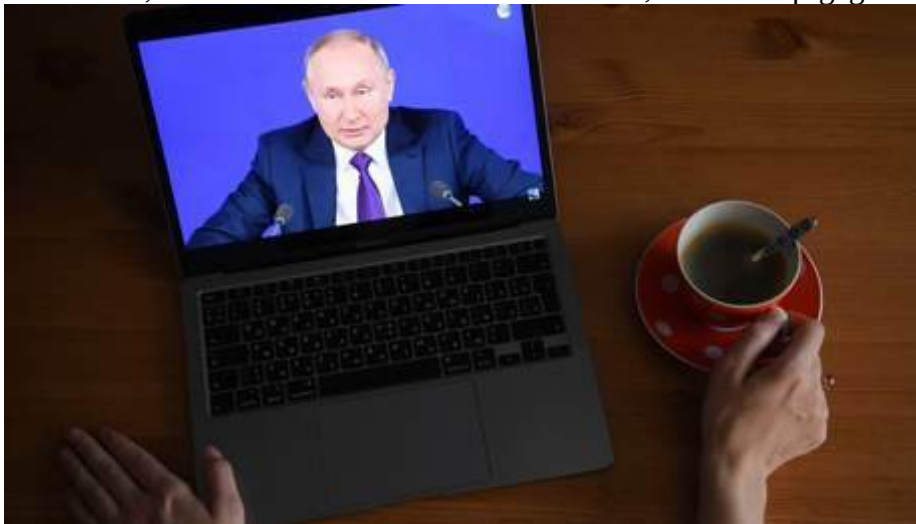
Russlands Präsident Wladimir Putin hat sich am Donnerstag auf seiner traditionellen Jahrespressekonferenz zur Corona-Lage und zu den COVID-19-Impfungen geäußert. Diese seien ihm zufolge das wichtigste Mittel im Kampf gegen die Pandemie. Für die vielen Opfer während der Pandemie machte er die zu geringe Herdenimmunität im Land verantwortlich. Ihm zufolge sind derzeit 59,4 Prozent der Russen geimpft oder genesen. "Das ist nicht genug, die Herdenimmunität sollte bei 80 Prozent liegen", betonte Putin. Auch seine Daten zur Corona-Sterblichkeit verheimlichte Russland nicht, so der Präsident.

Die Frage, ob Strafen für Impfverweigerer eingeführt werden sollten, verneinte Putin. Vor allem sollte aber die Fälschung von Impfberechtigungen strafrechtlich verfolgt werden. Was Unentschlossene betrifft, so sei es notwendig, Aufklärungsarbeit zu leisten und den Menschen zu erklären, warum eine Impfung wichtig ist. Andere Wege seien kontraproduktiv. "Nur ein Prozent der bereits Genesenen erkrankt wieder an Corona, von den Geimpften sind es nur drei bis vier Prozent", sagte der russische Präsident.

Es sei falsch, den Weg anderer Länder einzuschlagen, die strengere Maßnahmen gegen

Ungeimpfte einführen, sagte Putin und führte als Beispiel Deutschland an. Obwohl dort das Vorgehen gegen Ungeimpfte verschärft werde, sei die Impfquote in der Bundesrepublik trotzdem niedrig, so betonte der 69-Jährige.

Zu Sowjetzeiten habe niemand deswegen gefragt, alle hätten sich damals impfen lassen, so Putin. "Diejenigen, die zu Sowjetzeiten das große Land geführt und in den Ruin getrieben haben, stehen heute übrigens an der Spitze der Impfgegner. Damit wollen sie bei dem Teil der Bevölkerung, der Zweifel an Impfungen äußert, besser abschneiden - aber das ist unfair". Verantwortungsbewusste Politiker sollten bei gesundheitlichen Fragen eine konkrete Haltung einnehmen, und nicht "mit dem Schwanz wedeln", um bei Impfgegnern zu punkten.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c45996b480cc0f5769f613.jpg>

snanews.de: **Deutschland will Ukraine „die Hosen hochhalten“: Putin weist Vorwürfe zu Gazprom-Lieferungen zurück**

Bei seiner traditionellen jährlichen Pressekonferenz am Donnerstag hat der russische Präsident Wladimir Putin die Vorwürfe zurückgewiesen, dass Gazprom angeblich Gaslieferungen durch die Jamal-Europa-Pipeline eingestellt habe, und diese Vorwürfe als einen „Versuch, die Dinge wieder auf den Kopf zu stellen“ bezeichnet.

Putin betonte, Gazprom mache derzeit keine Lieferungen durch diese Pipeline, weil die europäischen Länder keine entsprechenden Anweisungen gegeben hätten. Er verwies darauf, dass Deutschland bereits seit einigen Tagen die Pipeline für Rückwärtslieferungen nach Polen nutze. Diese Rückwärtsbewegung von Gas nach Polen schließe die Lieferungen durch die Jamal-Pipeline nach Deutschland aus. Er erklärte, wie es dazu gekommen sei.

„Warum? Da wir Deutschland im Rahmen langfristiger Verträge mit Gas beliefern, ist der Preis dafür drei-fünf-sieben Mal günstiger als bei einem Spot (an den Gas-Börsen, wo Gas zumeist zu deutlich höheren Preisen verkauft wird – Anm. d. Red.). Selbst mit dem Weiterverkauf von einer Milliarde Kubikmeter (vom russischen Gas – Anm. d. Red.) kann man fast eine Milliarde (Euro – Anm. d. Red.) verdienen. Sie (die Deutschen– Anm. d. Red.) haben ihre Gasvolumen aufgebaut und verkaufen diese nun“, so Putin.

Der Präsident wies zudem auf eine Pipeline zwischen Polen und der Ukraine hin, die Gasvolumen von drei Millionen Kubikmetern täglich pumpe. „Ich habe jeden Grund zu der Annahme, dass dieses Gas in die Ukraine fließt“, so der russische Staatschef. Die europäischen Gasverbraucher hätten ein Recht, darüber Bescheid zu wissen, und sollten sich wegen hoher Gaspreise an die zuständigen Behörden wenden, findet der Präsident.

Der Grund für „fehlende Lieferungen“ sei somit, dass man angefangen habe, Gas in die entgegengesetzte Richtung zu pumpen. „Das ist das Problem. Was hat Gazprom damit zu tun?“ fragte Putin. Es gelte, Europa weiter zu beliefern und die Spotpreise zu beeinflussen, statt die Ukraine durch Polen mit Gas zu versorgen, „um jemandem die Hosen hochzuhalten“.

„Die Probleme, die sie (die Europäer – Anm. d. Red.) sich selbst geschaffen haben, sollten sie selbst lösen. Und wir sind bereit, sie dabei zu unterstützen.“



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/17/4785123_0:173:2689:1686_1920x0_80_0_0_dcadd_bda881e5df02c7ba2555457b933.jpg

de.rt.com: **US-Sicherheitsberater besucht Jerusalem und besetzte Westbank: USA und Israel inszenieren Einigung**

Obwohl die USA und Israel eine Einigung in Jerusalem inszeniert haben, tut sich ein Graben zwischen Washington und Tel Aviv in der Frage des iranischen Atomprogramms auf. Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde forderte von der Biden-Administration erneut die Wiedereröffnung der palästinensischen Mission in Washington und des US-Konsulats in Jerusalem.

Der Nationale Sicherheitsberater des Weißen Hauses, Jake Sullivan, ist am Dienstag für zwei Tage nach Israel und in das besetzte Westjordanland gereist. Auf der Agenda ganz oben standen Gespräche über das iranische Atomprogramm sowie die Stärkung der US-Beziehungen zu den Palästinensern.

Besuch in Jerusalem

Die israelischen Sicherheitsbeamten haben sich in den letzten Tagen große Mühe gegeben, um die Gefahr des iranischen Atomprogramms im Zuge der neuen Runde der Atomverhandlungen in Wien wieder hochzuspielen, und damit eine mögliche Lockerung der Sanktionen gegen Teheran abzuwenden.

Vier hochrangige israelische Beamte, die an Treffen mit dem nationalen US-Sicherheitsberater Sullivan in Jerusalem teilnahmen, sagten gegenüber Axios, sie seien sicher, dass die USA bereit seien, notfalls "eine härtere Haltung" gegenüber Iran einzunehmen und die Ansichten Israels zu berücksichtigen. Sullivan traf am Mittwoch Naftali Bennett, Jair Lapid und Benny Gantz, nachdem er am Dienstag bereits mit Präsident Isaac Herzog gesprochen hatte.

Obwohl die USA und Israel in diesem Zusammenhang eine Einigung in Jerusalem inszeniert haben, tut sich ein Graben zwischen Washington und Tel Aviv in der Frage des iranischen Atomprogramm auf. Der US-Sicherheitsberater soll in Israel nach Informationen von Axios drei mögliche kurzfristige Szenarien zum iranischen Nuklearprogramm skizziert haben:

1. Eine neue Einigung wird innerhalb der nächsten Wochen erzielt, um die Vereinbarung von 2015 wieder vollständig einzuhalten.
2. Ein "Freeze for Freeze"-Interimsabkommen soll Iran daran hindern, sein Programm weiter zu beschleunigen.
3. Es kommt kein Deal zustande, sodass es neue Sanktionen und Druck auf Iran geben wird. Seitdem die Atomgespräche in Wien wieder aufgenommen wurden, wuchs in Israel die

"Besorgnis", dass die Biden-Regierung eine Teilvereinbarung anstreben werde, die Iran nach israelischer Ansicht ohne nuklearen "Rollback" Sanktionserleichterungen verschaffen würde. Die Idee eines möglichen "Freeze for Freeze"-Abkommens als vorläufiger Deal soll während Sullivans Treffen mit Premierminister Bennett, Außenminister Lapid und Verteidigungsminister Gantz diskutiert worden sein. Alle drei israelischen Regierungsbeamten sollen gegenüber dem US-Sicherheitsberater einen solchen Schritt abgelehnt haben, berichtete Axios unter Berufung auf israelische Beamte. Ein derartiges Abkommen könnte nach Ansicht der US-Regierung Iran jedoch daran hindern, Uran auf Waffenniveau anzureichern. Israel hat in letzter Zeit vergeblich versucht, die USA zu einem Angriff auf Irans Atomanlagen zu bewegen, während die US-Regierung sich auf einen diplomatischen Weg zur Wiederbelebung des Atomdeals von 2015 fokussierte.

Besuch in Ramallah

Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, lud laut The Times of Israel den US-Sicherheitsberater Sullivan am Mittwochabend zu Gesprächen nach Ramallah ein.

Die Palästinensische Autonomiebehörde hatte die formellen Beziehungen zu den USA erst vor kurzem wiederhergestellt, nach einem vierjährigen Boykott, der auf die Entscheidung des ehemaligen Präsidenten Donald Trump folgte, Jerusalem als Israels Hauptstadt anzuerkennen und die US-Botschaft dorthin zu verlegen.

Die Israelische Regierung beansprucht ganz Jerusalem als "ungeteilte Hauptstadt". Die Palästinenser sehen den 1967 von Israel eroberten Ostteil dagegen als Hauptstadt eines künftigen eigenen Staates an. Die israelische Annexion Ostjerusalems ist international nicht anerkannt und völkerrechtswidrig.

Abbas forderte nun von der Biden-Administration erneut die Wiedereröffnung der palästinensischen Mission in Washington sowie des US-Konsulats in Jerusalem. Während seines Treffens mit Sullivan betonte der Palästinenserpräsident, dass Tel Aviv aufhören müsse, Siedlungen in den von Israel besetzten Gebieten auszubauen. Er forderte die Israelis zudem auf, die Vertreibungen von Palästinensern in den Vierteln Ostjerusalems zu stoppen. "Der Präsident betonte die Notwendigkeit, diese einseitigen israelischen Praktiken zu stoppen, welche die Zwei-Staaten-Lösung untergraben", teilte das Büro von Abbas in einer Erklärung mit. Sullivan seinerseits wiederholte das US-Bekenntnis zu einer Zweistaatenlösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt.



<https://cdn.rtl.com/deutsch/images/2021.12/article/61c46e6f48bef64be6292dc.JPG>

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 23.12.2021
In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzung des Komplexes von
Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von

Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **einmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. In **Richtung Donezk** haben Kämpfer aus der 54. mechanisierten Brigade unter Einsatz automatischer Granatwerfer **Alexandrowka** beschossen.

Infolge der kriminellen Handlungen der ukrainischen Kämpfer erlitt ein Zivilist, geb. 1969, Splitterverletzungen. Inzwischen wurde der Verletzte in das städtische Zentralkrankenhaus Nr. 14 von Donezk gebracht, wo er qualifizierte medizinische Behandlung erhält.

Es ist wichtig anzumerken, dass die ukrainischen Terroristen wissen mussten, dass sie auf einen unbewaffneten Zivilisten schießen, weil der Ort, an dem er verletzt wurde, von den ukrainischen Positionen aus gut zu erkennen ist. Dieser Umstand zeugt von einem vorsätzlichen Mordversuch an einem Einwohner der Republik.

Wir fordern von der Führung der Vertretung der OSZE und UNO in der DVR, diesen terroristischen Akt zu registrieren und die Handlungen der Kiewer Kämpfer zu bewerten. In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die Kiewer Besatzer einen Schützenpanzer aus dem Bestand des 1. Marineinfanteriebataillons der 36.

Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Pawlopol stationiert.

Außerdem **verminen Kämpfer der 53. Brigade weiter das Territorium** und schaffen eine Gefahr für Leben und Gesundheit der Zivilbevölkerung. So haben Beobachter der OSZE-Mission in der Nähe des Passierpunkts im Gebiet von Nowotroizkoje ein Warnschild über Minengefahr entdeckt, das von örtlichen Einwohnern installiert wurde, die versuchen, so weitere Opfer zu verhindern.

Um die Erfassung der Stationierung verbotener Waffen der 53. mechanisierten Brigade im Gebiet von Beresowoje, Nikolajewka und Nowotroizkoje durch Beobachter der Mission zu verhindern, hat der Gegner eine **Station für elektronische Kriegsführung** „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, **um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen zu blockieren**.

Außerdem haben gemäß dem Bericht vom 22. Dezember 2021 Beobachter der Mission wieder einen Fall der Eröffnung des Feuers mit Schusswaffen von den Positionen der 25. Luftlandebrigade aus im Gebiet der Donezker Filterstation festgestellt.

Wir erhalten weiter **Informationen über nicht ordnungsgemäße gegenseitige Beziehungen in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte** in der Zone der Strafoperation. Nach der Veröffentlichung der Information darüber, dass der Soldat Schewtschenko vom für Technik zuständigen stellvertretenden Kommandeur des 37. Bataillons der 56. Panzergrenadierbrigade verprügelt wurde, wurde eine Kommission des Stabs der Brigade in die Einheit geschickt, um eine Ermittlung durchzuführen. Die eingetroffenen Leitungsoffiziere des Verbandes bestätigten den Fall von Körperverletzung am Soldaten Schewtschenko. Außerdem stellten Mitglieder Kommission bei persönlichen Befragungen von Soldaten dieser Einheit weitere sechs Fälle von nicht ordnungsgemäßen gegenseitigen Beziehungen von Seiten des Bataillonskommandos fest. Die Betroffenen sagen, dass der Bataillonskommandeur und Kompaniechefs sich als Strafe für jegliches Vergehen regelmäßig Handgreiflichkeiten gegenüber ihren Untergebenen erlauben.

Der Bataillonskommandeur versuchte, für ein Schmiergeld mit dem Leiter der Überprüfungsgruppe die Verheimlichung dieser Fälle gegenüber dem Brigadekommando und den Rechtsschutzorganen zu vereinbaren.

Die **ungeordnete Verminung von Örtlichkeiten durch ukrainische Kämpfer bleibt weiter eine der Ursachen für nicht kampfbedingte Verluste** in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte.

Die Verminung von Zugängen zu Stützpunkten durch Kämpfer aus der in den ständigen Stationierungspunkt abgezogenen 93. Brigade ist die Ursache für nicht kampfbedingte Verluste in der 53. mechanisierten Brigade, die diese Positionen eingenommen hat.

Am 21. Dezember geriet im Gebiet des Truppenentflechtungsabschnitts „Bogdanowka – Petrowskoje“ ein Ural-Fahrzeug, das Kämpfer des 2. Bataillons der 53. mechanisierten Brigade transportierte, auf eine Mine, die von ihren Vorgängern installiert worden war. Dabei erlitten drei Kämpfer mittelschwere Splitterverletzungen. Das Kommando des Truppenteils verheimlicht den Fall, dass das Auto auf eine Mine geraten ist. Für den offiziellen Bericht über die Verletzung seiner Kämpfer hat der Brigadekommandeur Titenko vor, die Daten über Beschuss von Seiten der Republik zu fälschen und die Verantwortung für die erlittenen Verluste auf Soldaten der Volksmiliz der DVR abzuwälzen.

snews.de: **Westen soll Verantwortung für Migrationskrise an EU-Grenze übernehmen – russischer Diplomat**

Die westlichen Länder sollen für die Destabilisierung der Situation in den Regionen des Nahen Ostens und Nordafrikas Verantwortung übernehmen, indem sie Flüchtlinge aus Weißrussland aufnehmen. Dies teilte ein Mitglied des russischen Außenministeriums am Donnerstag in einem Interview mit.

Der Beauftragte des russischen Außenministeriums für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und stellvertretende Direktor der Abteilung für humanitäre Zusammenarbeit und Menschenrechte, Grigori Lukjanzew, bezog gegenüber SNA Stellung zur Lage an der EU-Außengrenze.

„Wir dürfen die Ursachen dieser (Migrations-) Krise nicht vergessen, warum das alles entstanden ist. Die Hauptursache dafür ist die Einmischung in die entsprechenden Prozesse in der Region des Nahen Ostens und Nordafrikas, die Destabilisierung der politischen Situation, des politischen Regimes, die Einmischung in innere Angelegenheiten, die Destabilisierung der Region. Und das hat natürlich zur Entstehung von Migrationsströmen geführt. Diese Menschen streben danach, in jene Länder zu gelangen, die an der Destabilisierung der Situation teilnahmen“, äußerte Lukjanzew.

Der Menschenrechtsbeauftragte teilte mit, dass vor allem „diejenigen, die diese Situation geschaffen haben“, sich bemühen sollten, eine Lösung zu finden. Die aktuelle Lage in Weißrussland würde keiner „großen Migrationskrise“ gleichen, da das Ausmaß der Migrationsströme nicht mit der Situation vor einigen Jahren, zum Höhepunkt der Migrationskrise, verglichen werden könne. Eine Besserung der humanitär brisanten Lage werde durch die verschiedenen Positionen der EU-Länder erschwert. Lukjanzew sprach an, dass Deutschland sich bereit gezeigt hätte, die Personen aufzunehmen. Die Position der polnischen Regierung sei komplett gegenteilig. Dies wäre ein „unüberwindbares Hindernis auf dem Weg“ der Migranten.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat wiederholt sogenannte Pushbacks verurteilt. Diese werden durch das Verbot der kollektiven Ausweisung, im vierten Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention, reguliert. Migranten, die sich auf polnischem Staatsgebiet befinden, dürften so nicht nach Weißrussland zurückgeschickt werden.

„Polen darf nicht zulassen, dass unschuldige, schutzbedürftige Menschen Opfer eines solchen Verhaltens werden. Menschen zurückzudrängen, ihnen den Zugang zu fairen Asylverfahren zu verweigern oder sie einfach in einer humanitären Notlage festsitzen zu lassen, kann nicht die Antwort eines Mitgliedsstaats des Europarates sein“, hieß es in einer Mitteilung des Europarates.

Im November berichteten belarussische Grenzsicherer über eine große Gruppe von Migranten, zumeist Kurden, die in Richtung der Grenze zu Polen unterwegs war. Polen sicherte seine Grenzen zunehmend ab. Seit vielen Wochen harren Menschen unter teils erbärmlichen Bedingungen im Grenzgebiet aus. Der Vorwurf von Pushbacks und Gewalt gegen Flüchtlinge wurde wiederholt gegen das polnische Militär erhoben.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/17/4785677_0:0:3273:1842_1920x0_80_0_0_bf5ca4a688ab24cbe8071ebede349a51.jpg

de.rt.com: **Putin über Gespräche mit USA und NATO: Russland wurde in den 1990er-Jahren reingelegt**

Auf seiner Pressekonferenz ist Wladimir Putin auf Russlands Gesprächsangebot an die USA und die NATO eingegangen. Der Präsident knüpfte den Erfolg der Verhandlungen an die Sicherheitsgarantien für sein Land und bezeichnete eine neue NATO-Osterweiterung als inakzeptabel.

Der russische Staatschef Wladimir Putin hat auf seiner großen Pressekonferenz am 23. Dezember das jüngste Verhandlungsangebot an die USA und die NATO kommentiert. Eine Korrespondentin des US-Fernsehsenders Sky News fragte den Präsidenten, wovon der Erfolg der Gespräche abhängen würde und ob Putin garantieren könne, dass Russland die Ukraine nicht angreifen werde.

Putin wies darauf hin, dass Russland nicht umhinkönne, auf das Geschehen in der Ukraine zu reagieren. Mit Blick auf den langjährigen Konflikt im Osten des Nachbarlandes sagte Putin, dass die Minsker Abkommen nach wie vor die einzige Grundlage für eine Entspannung seien. Die Regierung in Kiew wolle sie aber nicht erfüllen.

"Sie fordern von mir irgendwelche Garantien. Aber ausgerechnet sie müssen uns jetzt und unverzüglich Garantien geben, anstatt uns über Jahrzehnte hinweg ein X für ein U vorzumachen."

Putin brachte seine Befürchtungen zum Ausdruck, dass die ukrainische Führung eine weitere Militäroperation im Konfliktgebiet Donbass starten könnte. Deswegen sollte sein Land darauf gefasst sein und sich ständig um seine eigene Sicherheit kümmern.

"Wir müssen immer das Geschehen in der Ukraine berücksichtigen und darüber wachen, dass man nicht zuschlägt. Wir müssen aufpassen, welche neuen Waffen man an die Ukraine liefert und wie sich die Radikalen dort verhalten."

Die weiteren Handlungen der Regierung in Moskau würden von den Garantien für die Sicherheit Russlands abhängen, betonte der Präsident. Russland habe seine roten Linien markiert, nun sei der Ball im Feld des Westens. Dieser müsse jetzt Moskau eine Antwort in Bezug auf dessen Sicherheit geben.

Putin erinnerte an die Versprechen des Westens in den 1990er-Jahren, dass sich die NATO "keinen Zoll" nach Osten erweitern würde. Seitdem habe es fünf Wellen der Osterweiterung gegeben.

"Wir wurden reingelegt, einfach unverfroren reingelegt."

In diesem Zusammenhang habe Russland nun deutlich zu verstehen gegeben, dass eine neue Erweiterung des westlichen Militärbündnisses inakzeptabel sei. Russland stationiere keine

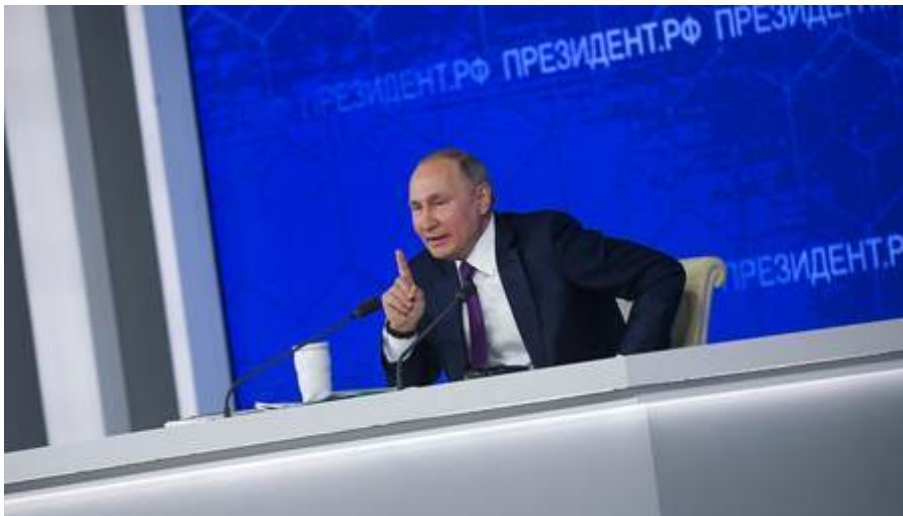
Raketen an der Grenze zu den USA.

"Die USA sind mit ihren Raketen zu unserem Haus gekommen. Sie befinden sich schon an der Schwelle unseres Hauses. Ist es denn eine überflüssige Forderung, keine Angriffssysteme vor unserem Haus zu stationieren? Was ist denn daran ungewöhnlich?"

Putin fragte die Korrespondentin von Sky News, wie die USA reagieren würden, wenn Russland in Kanada oder in Mexiko seine Raketen stationieren würde.

Der russische Präsident brachte gleichzeitig seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die Gespräche mit den USA und der NATO konstruktiv verlaufen würden. Die US-Seite zeige sich gesprächsbereit. Moskau sehe grundsätzlich eine positive Reaktion auf seine jüngsten Vorschläge.

Am 17. Dezember hatte das russische Außenministerium den USA und der NATO zwei Vertragsentwürfe vorgelegt. In diesen Dokumenten forderte Moskau unter anderem den Verzicht auf eine weitere NATO-Osterweiterung und schlug gegenseitige Sicherheitsgarantien vor.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c4742a48fbef658370110e.jpg>

snanews.de: **Putin zu Kriegshorror im Donbass: Wie erteilen Ukrainer täglich Schießbefehle?**

Bei seiner jährlichen Pressekonferenz am Donnerstag hat der russische Präsident Wladimir Putin über die Situation in der Ukraine und um sie herum gesprochen.

Auf die Frage, wie Putin sich den Horror des Kriegs in der Region Donbass vorstelle, wie man einem russischen Soldaten den Befehl erteilen könne, einen Ukrainer zu erschießen, erwiderte der Präsident:

„Fragen Sie die politische Führung der Ukraine: Wie erteilen sie täglich Schießbefehle?“ Und fügte hinzu:

„Wissen Sie, wir haben uns doch vor einiger Zeit geeinigt, dass der Befehl zum Gegenfeuer im Falle des Feuers von einer Seite nur von höheren Führern erteilt werden kann, bis hin zu den jeweiligen Ministerien. Dementsprechend einerseits in Donezk, Lugansk, andererseits – in Kiew. Wozu wurde diese Entscheidung getroffen? Um den Beschuss ganz einzustellen.“ Laut Putin haben die Kiewer Behörden diese Entscheidung einfach annulliert und die Entscheidungsbefugnis an die Feldkommandeure übergeben.

„Und alles begann von Anfang an. Fragen Sie sie, wozu sie das getan haben.“

Die Zukunft des Donbass muss laut Putin von den Bewohnern der Region selbst bestimmt werden, anders kann es nicht sein. Und Russland werde als Vermittler agieren, so der Präsident:

„Gibt es Probleme? Laut den Minsker (Vereinbarungen) ist Russland ein Vermittler, aber man versucht, es zu einer Konfliktpartei zu machen. Moskau ist damit nicht einverstanden.“

„Es gibt immer Leute, die auf den Bildschirm spucken können, wenn sie sehen, was momentan in der Ukraine passiert. Totale Armut. Alle werden auf einen harten Winter vorbereitet“, schilderte der Präsident weiter. „Rentner treffen sich mit Abgeordneten und sagen: ‚Wofür vernichten Sie uns?‘ So gibt es immer jemanden und einen Anlass zum Spucken, es gibt das immer von beiden Seiten.“

In den Minsker Vereinbarungen steht laut Putin, dass man die Verfassung ändert, Wahlen durchführt, eine Amnestie erklärt. „Statt Wahlen – Militärverwaltung, statt Amnestie – Lustration, statt politischer Regelung werden Truppen herangeführt. Wo sind die Verfassungsänderungen?“

Dabei stehe in den Minsker Vereinbarungen geschrieben, dass diese Änderungen mit den Vertretern der Volksrepubliken Lugansk und Donezk abgestimmt werden müssten. Jedoch verzichte man auf einen Dialog mit den Donbass-Vertretern, obwohl man auf deren Unterschriften in den Dokumenten beharrt habe, betonte Putin.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/17/4785277_0:0:3159:1777_1920x0_80_0_0_bf8c84c13792592b8417bc0a485fbedf.jpg

deu.belta.by: **Putin über Integration von Russland und Belarus: Moskau und Minsk konnten Einigung erzielen**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko und sein Team sind keine einfachen Verhandlungspartner, aber Moskau und Minsk haben es geschafft, sich über die Integrationsfragen zu einigen. Das sagte der russische Präsident Wladimir Putin auf der heutigen großen Pressekonferenz, wie TASS berichtet.

„Ich muss sagen, dass Alexander Grigorjewitsch (Lukaschenko) und sein Team keine einfachen Verhandlungspartner sind, aber wir haben uns darauf geeinigt, welche Schritte wir auf dem Weg zu einer weiteren Integration tun sollten und wie schnell wir dabei gehen sollten“, sagte der russische Präsident und fügte hinzu, dass er darunter viele wirtschaftliche Fragen meint.

„Ich bin mir sicher, dass unsere Bürgerinnen und Bürger das bald zu spüren bekommen. Die Integration erfolgt nicht wie Manna vom Himmel, nicht von heute auf morgen. Es wird nichts vom Himmel fallen, aber es gibt offensichtliche Dinge, die unsere Wettbewerbsfähigkeit sichern“, sagte Wladimir Putin.

Moskau und Minsk hätten „eine Menge Arbeit“ vor sich, um die Volkswirtschaften einander näher zu bringen und wettbewerbsfähiger zu werden, sagte er. Der russische Präsident erwähnte unter anderem das Thema Roaming.

„Wir haben bereits viel getan, vor allem in sozialen Fragen. Zum Beispiel in Fragen der Freizügigkeit, der Situation auf dem Arbeitsmarkt und sogar was die soziale Sicherheit in vielen Bereichen betrifft. Jetzt geht es um die Synchronisierung von Steuern, Zöllen und

Rechtsvorschriften. Es ist äußerst wichtig, ein einheitliches Verständnis darüber zu entwickeln, wie wir gemeinsam handeln werden, um das bestmögliche Ergebnis zu erzielen“, fasste Wladimir Putin zusammen.

„Es handelt sich um essentielle Fragen: Steuerpolitik, Gesetzgebung und Zollrecht. Es war ein langer und schwieriger Prozess der Harmonisierung von Positionen“, fügte er hinzu.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000020_1640264659_59322_big.jpg

de.rt.com: **Putin über Nawalny: "Lasst uns diese Seite umblättern!"**

Bei der jährlichen Pressekonferenz hat Wladimir Putin auf Fragen zur angeblichen Vergiftung Alexei Nawalnys und zum Gesetz über ausländische Agenten geantwortet. Der Staatschef betonte erneut, Deutschland habe keine Auskunft über Nawalnys Proben gegeben.

Es ist bereits die 17. jährliche Pressekonferenz des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Ohne eine Frage zu Nawalny konnte diese offenbar nicht auskommen. Diesmal stellte sie der BBC-Korrespondent Petr Koslow. Putin wollte diesem Thema, das wiederholt detailliert behandelt wurde, jedoch nur wenig Aufmerksamkeit schenken. Erneut unterstrich das Staatsoberhaupt, der Westen habe Russland keinen Beleg für die angebliche Vergiftung mit dem chemischen Kampfstoff Nowitschok vorgelegt, obwohl Russland mehrmals offizielle Anfragen gestellt habe:

"Nein. Kein einziges Material. Wie kann man das erklären? Kein einziges!"

Überdies habe sich Putin in diesem Zusammenhang mit verschiedenen Initiativen persönlich an Merkel und Macron gewandt. Er habe mehrmals die Hilfe russischer Experten angeboten, um Proben Alexei Nawalnys auf Gifte zu untersuchen. Der russische Präsident betonte:

"Nichts. Null! Ich frage, wie man das erklären kann? Schweigen."

An diesem Punkt schlug Putin vor, das Thema Nawalny abzuschließen und "diese Seite umzublättern". Die zweite Frage Koslows war der "stark gestiegenen Zahl von sogenannten ausländischen Medienvertretern" in Russland und dem Gesetz über ausländische Agenten gewidmet. In Bezug auf dieses Gesetz erklärte Putin:

"Ich stimme zu, nichts Gutes gibt es daran. Aber ich erinnere Sie nochmals daran: Dieses Gesetz wurde nicht von uns erfunden."

Das Gesetz stamme aus den USA der 1930er-Jahre und sei in dem Land auch heute noch in Kraft. Dabei betonte der russische Präsident, dass es sowohl dortzulande als auch in Russland wenig ausländische Medienvertreter gebe. In diesem Bereich gebe es aber einen bedeutenden Unterschied zwischen Russland und den USA. Nach Ansicht des Präsidenten sei das russische Gesetz über ausländische Agenten liberaler. Eine strafrechtliche Verantwortlichkeit, wie in den USA, sei in Russland dafür nicht vorgesehen. In den USA drohe einem ausländischen Agenten bis zu fünf Jahren Haft, so Putin.

RT-Chefin Margarita Simonjan hatte diesbezüglich auf Telegram geschrieben:

"Der offensichtliche Beweis dafür, dass das Gesetz über ausländische Agenten in Russland nicht funktioniert, ist die Tatsache, dass BBC Russian Service nicht als ausländischer Agent eingestuft ist und unbehelligt zu der Pressekonferenz des Chefs kommt."

Reaktionen gab es ebenfalls seitens des Teams des inhaftierten oppositionellen Bloggers Alexei Nawalny. Kurz nach Putins Aussage bei der Pressekonferenz bezeichnete Nawalnys Sprecherin Kira Jarmysch den russischen Staatschef bezüglich des angeblichen Giftanschlags auf Alexei Nawalny als einen Mörder. Sie schrieb auf Twitter, Wladimir Putin werde "für all seine Taten zur Rechenschaft" gezogen werden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c47718b480cc28a602c0e0.jpg>

ukrinform.de: Die Ukraine verlängert Embargo gegen Waren aus Russland um ein Jahr

Das Ministerkabinett der Ukraine hat in der heutigen Sitzung beschlossen, das Handelsembargo gegen russische Waren um ein Jahr – bis zum 1. Januar 2023 – zu verlängern.

Die Umsetzung des Beschlusses wird die Anwendung von Maßnahmen als Reaktion auf die Verlängerung der Handelsverbote und -beschränkungen der Russischen Föderation gegen die Ukraine und den Schutz der nationalen Interessen und der Sicherheit gewährleisten.

Das Einfuhrverbot für Waren aus der Russischen Föderation auf das Territorium der Ukraine gilt seit 2016.

Eine solche Entscheidung war damals die Antwort auf das Vorgehen Russlands, das einseitig das Freihandelsabkommen gekündigt und die Ukraine in die Liste der Länder aufgenommen hatte, aus denen die Einfuhr von Agrarprodukten, Rohstoffen und Nahrungsmitteln verboten ist.

Das ukrainische Embargo gilt für eine ganze Reihe von russischen Waren und Produkten, darunter Fleisch, Fisch, Kaffee, Tee, Getreide, Karamell, Süßwaren, Bier, Zigaretten, Wodka, Alkohol, Tiernahrung, Waggons, Lokomotiven, Autos, Traktoren, Papier, Reinigungsmittel usw.



https://static.ukrinform.com/photos/2015_12/thumb_files/630_360_1451217102-9497-eda-zapret-foto-politkorinfo.jpg

snews.de: **Atomverhandlungen mit Iran gehen nach Weihnachten weiter**

Die Verhandlungen zum Atomdeal mit dem Iran gehen ab Montag weiter. Das gab der diplomatische Dienst der Europäischen Union bekannt. Ziel der internationalen Verhandlungen ist eine Lösung, durch die die USA ihre Sanktionen aufheben und das Land sein Atomprogramm einschränkt. Die USA unter Trump waren 2015 aus dem Atomabkommen zunächst ausgestiegen.

Die Verhandlungen zur Rettung des internationalen Atomabkommens mit dem Iran werden nach Weihnachten fortgesetzt. Der diplomatische Dienst der Europäischen Union nannte am Donnerstag den 27. Dezember als Termin. Die jüngste Runde der Gespräche war vergangene Woche nach Angaben von Diplomaten ohne inhaltliche Fortschritte zu Ende gegangen. Verhandelt wird in Wien.

Sanktionsende gegen Einschränkung des Atomprogramms

Ziel ist eine Lösung, bei der die Vereinigten Staaten ihre Wirtschaftssanktionen gegen den Iran aufheben und Teheran im Gegenzug sein Atomprogramm wieder einschränkt. Zu den ungelösten Fragen gehören die Abfolge und Überprüfbarkeit der Schritte auf beiden Seiten. Beteiligt sind auch Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Russland und China.

Trump war aus dem Deal ausgestiegen

Die vorige US-Regierung von Präsident Donald Trump war aus dem Atomabkommen von 2015 einseitig ausgestiegen. Daraufhin brach der Iran verschiedene Vereinbarungen, die sein Atomprogramm bremsen sollten. Ziel des Abkommens ist, die Entwicklung von Nuklearwaffen zu verhindern. Aus Sicht westlicher Diplomaten bleiben nur wenige Wochen, bevor das Abkommen durch iranische Fortschritte in der Nukleartechnologie hinfällig wird.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0b/17/4432778_0:115:2000:1240_1920x0_80_0_0_323c5fc5f8d0258d816f8c856ba25c87.jpg

snnews.de: **Anerkennung der Taliban? „Keine leere Frage“ für Russland – Putin**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat sich auf seiner Jährlichen Großen Pressekonferenz in Moskau am Donnerstag zu einer möglichen Anerkennung der Taliban-Regierung in Afghanistan geäußert.

Für Russland sei das „keine leere Frage“, antwortete Putin auf die entsprechende Frage der Agentur Sputnik. Bei diesem Thema würde die Regierung in Moskau das Eindringen von Extremisten in die Grenzrepubliken in Zentralasien und die Verbreitung der afghanischen Opiate befürchten.

Die Entscheidung zu einer Anerkennung der Taliban müsse auf der Realität basieren, hieß es. Zudem sagte Putin, dass Moskau sich eine stabile Lage in der Region wünschen würde. Was aber die Hilfe für das afghanische Volk betreffe, sollten das die Staaten tun, welche ihm den größten Schaden zugefügt hätten, hieß es weiter. Zum Beispiel könnte man die eingefrorenen Geldreserven – afghanische Bestände in den US-amerikanischen Banken – auftauen.

Anfang August hatten die Taliban vor dem Hintergrund des internationalen Truppenabzugs aus Afghanistan eine großangelegte Offensive gegen die Regierungstruppen gestartet, alle afghanischen Großstädte und Grenzübergänge unter ihre Kontrolle gebracht und das Ende des 20 Jahre langen Krieges verkündet. Das hatte zu einer humanitären Krise im Land und zur Eskalation der Situation mit afghanischen Flüchtlingen geführt.

Hochrangige Taliban-Beamte haben am vergangenen Samstag um internationale Hilfe gebeten, um eine sich verschärfende Wirtschaftskrise in Afghanistan zu bekämpfen. Es wird befürchtet, dass eine solche Lage die Massenflucht aus dem Land provozieren könnte.

UN-Schätzungen zufolge könnten Millionen Afghanen im Winter ohne dringende Hilfe dem Hunger ausgesetzt sein. Die Hilfe werde aber dadurch behindert, dass die internationale Gemeinschaft nicht direkt mit den Taliban zusammenarbeiten wolle, zum Teil aus Sorge um die Frauenrechte und die politische Inklusion im Land.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/18/4443741_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_f0ed37af01c938cf97399bed597f5e26.jpg